

*Detlef Brandes*

WENZEL JAKSCH IM SPIEGEL VON DOKUMENTEN DER  
TSCHECHOSLOWAKISCHEN STAATSSICHERHEIT  
1945 BIS 1966

*Einleitung*

Die politischen Aktivitäten von Wenzel Jaksch als Mitglied, seit März 1938 als Vorsitzender der „Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (DSAP) in der Tschechoslowakei und während des Exils in Großbritannien sind ebenso wie seine Tätigkeit innerhalb der deutschen Vertriebenenorganisationen und der SPD in der Bundesrepublik Deutschland gut dokumentiert und erforscht worden.<sup>1</sup> Weniger gründlich hat sich die Geschichtswissenschaft mit seinem Verhältnis zur erneuerten Tschechoslowakei nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutsche Reich beschäftigt. Für diesen Teil seiner Tätigkeit stehen inzwischen auch die Quellen der tschechoslowakischen Staatssicherheit zur Verfügung, die im Fokus der folgenden Untersuchung stehen.

Jaksch wurde nach dem überwältigenden Wahlsieg der neuen „Sudetendeutschen Partei“ (SdP) im Mai 1935 von einer Parteikonferenz zum stellvertretenden Vorsitzenden der DSAP berufen. In den folgenden drei Jahren betonte er die nationalen Forderungen seiner Partei, ohne für eine territoriale Autonomie eintreten zu können. Denn diese hätte der SdP die Macht in den deutschsprachigen Grenzgebieten gebracht. Selbst als die SdP in den Kommunalwahlen des Jahres 1938 etwa 85 Prozent der deutschen Stimmen gewonnen hatte, hielten Jaksch und die DSAP an ihrer staatstreuen Position fest und lieferten sich heftige Auseinandersetzungen mit den Mitgliedern der Henlein-Partei.<sup>2</sup>

Nach dem Münchener Abkommen vom 29. September 1938 flohen Jaksch und viele seiner Genossen in die amputierte Tschecho-Slowakei. In den folgenden Monaten bemühte sich Jaksch, möglichst vielen Parteifreunden die Ausreise aus der be-

---

<sup>1</sup> Wenzel Jaksch (1896-1966) war u. a. von 1935-1938 stellvertretender Vorsitzender und seit 1938 Vorsitzender der DSAP, von 1953-1966 Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestag sowie von 1959-1966 Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und von 1964 bis 1966 Präsident des Bundes der Vertriebenen. – *Martin*, Hans-Werner: „...nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden“. Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1949). Frankfurt am Main 1996. – *Müller*, Matthias: Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949-1977. Eintracht, Entfremdung, Zwietracht. Berlin 2012 (Politik und Geschichte 8).

<sup>2</sup> *Bachstein*, Martin K.: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München, Wien 1974 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 29). – *Brandes*, Detlef: Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938. München 2008 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 107).

drohten Tschechoslowakei zu ermöglichen und konnte selbst im letzten Moment vor dem Einmarsch der Wehrmacht über Polen nach England fliehen.<sup>3</sup>

Im Londoner Exil versuchten Jaksch und die übrigen Mitglieder des exilierten Parteivorstands, die Genossen zu sammeln und gegenüber den britischen Behörden zu vertreten, sich am Kampf gegen das NS-Regime zu beteiligen und mit der entstehenden Exilregierung unter Führung von Edvard Beneš über die zukünftige Stellung der Deutschen in der erneuerten Republik zu sprechen. Zu Benešs Verhandlungen mit den Alliierten über die geplante Zwangsaussiedlung möglichst vieler Deutscher und zu Jakschs Gesprächen mit Beneš stehen Quellensammlungen<sup>4</sup> und eine breite Literatur zur Verfügung.<sup>5</sup>

Kaum erforscht und bekannt sind dagegen Jakschs Aktivitäten kurz vor Kriegsende, nach der deutschen Kapitulation und der triumphalen Rückkehr Benešs nach Prag. Jaksch versuchte damals, die Öffentlichkeit der alliierten Großmächte – besonders die Großbritanniens – gegen die Vertreibungspläne der tschechoslowakischen Regierung zu mobilisieren. Auch nachdem sich die alliierten Siegermächte auf der Konferenz in Potsdam für den „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei entschieden hatten, setzte er seine Kampagne fort. Schon Ende September 1944 hatte Jaksch allerdings Frank Roberts, seinem Kontaktmann im Foreign Office, anvertraut, dass er jede Hoffnung verloren habe, die Vertreibung zu verhindern. Man solle ihm erlauben, in seine Heimat zurückzukehren, wo er versuchen werde, bei dem Transferproblem zu helfen. In Bayern oder einem anderen Aufnahmegebiet wolle er Sozialarbeit für seine Landsleute leisten.<sup>6</sup>

Dennoch fühlte sich Jaksch verpflichtet, seinen Kampf gegen die Vertreibung genauso intensiv und unerbittlich zu führen wie seine mit dem Münchener Abkommen verlorene Auseinandersetzung mit der Sudetendeutschen Partei vor dem Krieg. Jakschs Kampf gegen „Hitler und Henlein“ hatte ihm auch international hohes Ansehen eingebracht. Mit der Propaganda gegen die Vertreibung wollte er für seine Partei und sich selbst eine Basis in der Zeit nach dem Krieg schaffen. Seine Argumente trafen jedoch angesichts der frischen Erinnerung an die deutsche Kriegs-

<sup>3</sup> Nach einer Zählung vom Dezember 1938 befanden sich unter den Flüchtlingen 11647 Deutsche. Brandes, Detlef: Dva nesourodé světy. Němci za druhé, Česko-Slovenské republiky [Unvereinbare Welten. Die Deutschen in der Zweiten Tschecho-Slowakischen Republik]. In: Jiráček, Jan/Bednařík, Petr/Köpplová, Barbara (Hgg.): Druhá republika: 167 obyčejných dnů. Politické a mediální reflexe [Die Zweite Republik: 167 gewöhnliche Tage. Politische und mediale Reflexionen]. Praha 2016, 28-64.

<sup>4</sup> Češi a sudetoněmecká otázka 1939-1945. Dokumenty [Die Tschechen und die sudetendeutsche Frage 1939-1945. Dokumente]. Hrsg. von Jitka Vondrová. Praha 1994.

<sup>5</sup> Brandes, Detlef: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München 2005. 2., überarb. u. erw. Aufl. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 94). – Majewski, Piotr M.: Edvard Beneš i kwestia niemiecka w Czechach [Edvard Beneš und die deutsche Frage in den böhmischen Ländern]. Warszawa 2001. – Siehe auch *Bachstein*: Wenzel Jaksch (vgl. Anm. 2).

<sup>6</sup> The National Archives Kew, Richmond. Foreign Office (FO) 39845, C13123/1347/12. Vermerk Roberts vom 27.09.1944 sowie Political Intelligence Department (Godfrey Lias) an Roberts vom 27.09.1944.

und Besatzungspolitik vielfach auf taube Ohren. Auch die meisten alliierten Auslandskorrespondenten der führenden Zeitungen standen noch unter dem Eindruck des Krieges und der gewaltigen NS-Verbrechen im Allgemeinen wie insbesondere auf tschechoslowakischem Boden und stellten deshalb die Zwangsaussiedlung generell nicht in Frage. Wenn sie über tschechische Ausschreitungen berichteten, stellten sie diese Meldungen oft in einen Zusammenhang mit den Erfahrungen und dem Leid der Tschechen unter der deutschen Herrschaft und besonders mit dem Symbol Lidice.<sup>7</sup> Jaksch und Genossen gelang es aber, zahlreiche Persönlichkeiten des britischen öffentlichen Lebens in ihren Feldzug gegen den Transfer und vor allem gegen die begangenen Gewalttaten in der alten Heimat und die Not der Vertriebenen einzubeziehen, allerdings mit Ausnahme der Regierung und der Führung der Konservativen sowie der Labour-Partei.

Über diese vielseitige Propagandaschlacht legte die tschechoslowakische Staatssicherheit umfangreiche Aufzeichnungen an, die im Archiv der Sicherheitsorgane (Archiv bezpečnostních složek) in Prag zugänglich sind.<sup>8</sup> Deren Dokumente sind eine bisher nicht ausgewertete wichtige Quelle. Denn die 4. Abteilung bzw. die Abteilung für politischen Nachrichtendienst (Odbor pro politické zpravodajství) des Innenministeriums, geleitet von Major Josef Bartík – vor dem Krieg Mitarbeiter des tschechoslowakischen militärischen Geheimdienstes –, erhielt die Aufgabe, über alle Schritte der Vertreter des sudetendeutschen Exils zu berichten. Die Abteilung registrierte nicht nur die öffentlichen Auftritte von Jaksch und seinen Vorstandskollegen, sondern berichtete auch über die innerparteiliche Opposition gegen Jaksch. Sie kannte das Verbindungsnetz zu Journalisten und Redakteuren sowie zu bestimmten Labour-Abgeordneten, das Jaksch während seines Aufenthalts in London aufgebaut hatte, und verfügte auch über interne Informationen aus der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ (TG), so auch über Überlegungen eines Teils der Genossen, in England zu bleiben oder nach Übersee auszuwandern.

Als der Entscheidungsprozess zum Transfer abgeschlossen war und die „wilde“ Vertreibung begonnen hatte, verlagerte sich der Fokus der Meldungen kurzfristig auf Jakschs vermuteten Einfluss auf seine in der Heimat verbliebenen Genossen. In den folgenden Jahren legte die Staatssicherheit mehrere interne Biografien über Jaksch vor. Erst 1962 erhielt sie den Auftrag, kompromittierendes Material über ihn zusammenzustellen. Das Interesse der Staatssicherheit an Jaksch lebte nach einer längeren Pause wieder auf, als er 1965 seinen „Europa-Plan“ vorlegte.

Im Folgenden werden anhand dieser vielfältigen, natürlich sehr subjektiven und ideologisch geprägten Quellen die Informationen rekonstruiert, die die tschechoslowakische Staatssicherheit über Jaksch zusammentrug. Welche Vorstellungen die Berichterstatter über ihn entwickelten und wie sie seine Politik interpretierten, belegt

<sup>7</sup> Brandes, Detlef: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in westlichen Medien. In: *Bohemia* 49 (2009) 1, 19-36.

<sup>8</sup> Einen geordneten Bestand zu Jaksch oder der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) gibt es im Prager Archiv der Sicherheitsorgane (Archiv bezpečnostních složek) nicht, sondern jeweils einzelne bzw. mehrere Dokumente zu Jaksch in verschiedenen Fonds, auch wo der Benutzer sie nicht erwarten würde. Das Archiv hat jedoch ein sehr umfangreiches Personenregister, mit dem seine Bestände bequem durchsucht werden können.

die große Bedeutung, die sie Wenzel Jaksch beimaßen. Nicht zuletzt wird im Spiegel dieser Dokumente auch das bisher bekannte Bild von diesem prominenten sudetendeutschen Politiker und Vertriebenenfunktionär um zahlreiche Facetten ergänzt.

#### *Während des Krieges*

Überwachung, Kontrolle, ja sogar staatliche Eingriffe in den Verlauf von Veranstaltungen waren die deutschen Parteien aus der Zeit der Tschechoslowakischen Republik gewöhnt. Zumindest seit 1936 wurde jede ihrer Versammlungen von einem Vertreter der Staatspolizei beobachtet, der bei tatsächlichen oder angeblichen Verstößen gegen die Verfassung einschreiten und die Versammlung abbrechen konnte.<sup>9</sup>

Der tschechoslowakische Geheimdienst sammelte während des Krieges Informationen über Wenzel Jaksch. Dieser hatte kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs die Führung der Partei übernommen, einen hartnäckigen Kampf „gegen Hitler und Henlein“ geführt und bei zwei Besuchen in London für Benešs „liberale Minderheitenpolitik“ geworben. Jaksch galt als ehemaliger Vorsitzender der DSAP bei der britischen Regierung wie auch unter den meisten exilierten Sudetendeutschen als berufener Sprecher ihrer Interessen und Hoffnungen. Die Parteiführung im Exil hatte zum Schutz ihrer Mitglieder in der Heimat vor Verfolgung dort ihre politische Tätigkeit eingestellt und die „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ gebildet.<sup>10</sup>

Als sich die innerparteilichen Konflikte in der TG zwischen dem national orientierten Flügel um Jaksch und den Anhängern der austromarxistischen Richtung im Sommer 1940 zuspitzten, drängten Vertreter der tschechoslowakischen Exilregierung – so auch der sozialdemokratische Minister František Němec – die Jaksch-Gegner zur Abspaltung und Bildung einer selbstständigen Gruppe.<sup>11</sup> Mit dieser nach ihrem Vorsitzenden benannten „Zinner-Gruppe“ setzte der ehemalige Präsident der Republik Edvard Beneš, der diese Rolle auch im Exil beanspruchte, Jaksch unter Druck. Er müsse sich erst mit der Opposition einigen, erklärte Beneš, bevor er sudetendeutsche Vertreter in den „Staatsrat“, einen Parlamentsersatz im Exil, berufen könne.<sup>12</sup> Beneš ging es um eine Schwächung von Jakschs Verhandlungsposition. Er war weder bereit, auf Jakschs Vorstellungen einer Föderalisierung der Tschechoslowakei nach dem Krieg einzugehen noch seine Absicht aufzugeben, nach dem Krieg zumindest einen großen Teil der Sudetendeutschen auszusiedeln. Auf der anderen Seite war die TG nicht bereit, ihre Mitglieder zum Dienst in der tschechoslowakischen Exilarmee aufzufordern, solange es keine Verständigung mit der Exilregierung über die künftige Stellung der Deutschen in der Republik gebe.

Als Beneš im Januar 1942 einer Delegation der TG sein Ziel erklärte, die deutsche Minderheit durch eine Kombination von Gebietsabtretungen, Vertreibung der „Schuldigen“ für die nationalsozialistischen Verbrechen und Transfer der deutschsprachigen Bourgeoisie und Intelligenz radikal zu verringern und für diesen Plan die

<sup>9</sup> Brandes: Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 9 (vgl. Anm. 2).

<sup>10</sup> Brandes: Der Weg 93-95 (vgl. Anm. 5).

<sup>11</sup> *Ebenda*.

<sup>12</sup> *Ebenda* 103.

Zustimmung der sudetendeutschen Sozialdemokraten forderte, erklärte Jaksch in einem Rundschreiben an die Mitglieder der TG: „Unsere Führung denkt nicht daran, diese Zustimmung zu geben. [...] Aufgabe unserer Auslandspolitik kann es lediglich sein, nicht ein Jota guten Willens von tschechischer Seite unbeantwortet zu lassen.“<sup>13</sup>

Im Oktober 1942 lehnte das Foreign Office die Überlegung ab, die Zwangsausiedlung auf sogenannte „Schuldige“ zu beschränken, obwohl Beneš die Kategorien für Schuld sehr weit gefasst hatte. Denn dadurch könne die Freiheit, beliebig viele Deutsche auszusiedeln, eingeschränkt werden, teilte das Foreign Office Beneš mit. Nach dieser britischen Stellungnahme entschied sich Beneš, wie er es selbst ausdrückte, zu einem „showdown“. Er übersandte im Januar 1943 Jaksch eine Abrechnung mit dessen Politik, die er auf den 2. Dezember 1942 datiert hatte. In dieser zitierte der Präsident aus zahlreichen internen Rundschreiben und Papieren der TG. Das TG-Mitglied Alfred Frenzel, der sich schon damals als tschechoslowakischer Agent betätigte, berichtete dem Präsidenten über Jakschs Reaktion.<sup>14</sup> Auf Benešs Abrechnung antwortete Jaksch sachlich, aber auch persönlich empört: „Der Grad unserer Erbitterung über die ‚polizeiliche‘ und sonstige Bewachung unserer Bewegung im Exil, die zuhause ihre besten Menschen für eine gemeinsame Sache geopfert hat, ist schwer auszudrücken.“<sup>15</sup>

Seit dem Bruch mit der Exilregierung verfassten Jaksch und seine Mitarbeiter mehrere Streitschriften zur Frage der Vertreibung, die erste im Juli 1943 noch auf Anraten von Frank Roberts, mit dem Titel „Can Industrial People Be Transferred: The Future of the Sudeten Population“.<sup>16</sup> Ende Januar 1944 verteilte Jaksch sein Memorandum „Mass Expulsion of the Sudeten Germans“ auch an einige Unterhaus-Abgeordnete und Presseorgane.<sup>17</sup> Jaksch versuchte sich in einem „Demokratischen Sudeten-Komitee“ mit Vertretern der anderen ehemaligen aktivistischen Parteien, also der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei und des Bundes der Landwirte, eine breitere Basis zu schaffen. Die Erklärung des Komitees liege auf der Linie der Henlein-Politik, behauptete Hubert Ripka, der stellvertretende Außenminister der Exilregierung.<sup>18</sup> Wie Henlein strebe Jaksch nach alldeutscher Vorherrschaft über andere Völker, nur diesmal in einem sozialistischen und nicht Nazi-Regime, formulierte Ripka Anfang Oktober 1944.<sup>19</sup> Als Ripka der „Vertretung der demokratischen Deutschen aus der Tschechoslowakei“, dem umbenannten bisherigen „Sudetendeutschen Ausschuss“ – bestehend aus der Zinner-Gruppe, den deutschen Kommunisten und der liberalen Peres-Gruppe<sup>20</sup> – das Programm zur Zwangsausiedlung

<sup>13</sup> *Ebenda* 149.

<sup>14</sup> *Ebenda* 197-205. Nach dem Krieg machte Frenzel eine Karriere in der bayerischen SPD und wurde 1953 in den Bundestag gewählt, 1960 enttarnt und zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, aber 1965 im Rahmen eines Gefangenen austauschs in die ČSSR ausgewiesen.

<sup>15</sup> *Ebenda* 208.

<sup>16</sup> *Ebenda* 231-232.

<sup>17</sup> *Ebenda* 344.

<sup>18</sup> *Ebenda* 352.

<sup>19</sup> *Ebenda* 353.

<sup>20</sup> Dr. Alfred Peres war führendes Mitglied der Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei.

von mindestens drei Vierteln der Sudetendeutschen erläuterte, erfuhr das Innenministerium von seinen Agenten, dass selbst unter den Anhängern des Sudetendeutschen Ausschusses Zweifel an der bisherigen Politik der bedingungslosen Zusammenarbeit mit der Exilregierung laut wurden. Wenn die restlichen Deutschen ihre Sprache, Kultur und Geschichte aufgeben müssten, „wäre es besser, Jakschs Standpunkt zu vertreten“, habe einer von ihnen erklärt.<sup>21</sup>

Noch vor dem Ende des Krieges vermerkte die 4. Nachrichten-Abteilung des Innenministeriums, dass Jaksch die tschechoslowakische Politik auch angriff, indem er Stellungnahmen anderer Organisationen verbreitete. Dazu zählte eine Broschüre des Weltverbandes der Quäker, in der sie Bevölkerungstransfers für unchristlich erklärten. Sie verwiesen auf den nach dem Ersten Weltkrieg vereinbarten Minderheitenschutz, der aber das Problem nicht gelöst habe. Der Fehler liege in der Konzeption des Nationalstaats, der Angehörige nationaler Minderheiten zu zweitklassigen Bürgern abwerte. Aus einem teilweise gleichlautenden anonymen Beitrag in der April-Nummer der „Socialist Commentary“ (Hg. Socialist Vanguard Group) schloss die 4. Abteilung, dass Jaksch die Broschüre der Quäker angeregt habe.<sup>22</sup>

Drei Wochen vor Kriegsende analysierte die 4. Abteilung die Stimmung innerhalb der TG. Für sie stehe die Frage „Rückkehr in die Heimat“ oder „weitere Emigration“ im Mittelpunkt, resümierte das Innenministerium aus seinen Informationen. Die Mehrheit denke nicht an eine Rückkehr. Obwohl Jaksch verkünde, dass alle Mitglieder der TG auch unter den schwierigsten Bedingungen helfen wollten, die Partei in der Heimat wiederaufzubauen, verhandle er auch mit den Londoner Vertretungen der Dominien und britischen Kolonien über Möglichkeiten einer Weiterwanderung seiner Genossen. Er hoffe auf die Erlaubnis für die Mehrheit seiner Gruppe, nach Kanada auszuwandern, und zwar mit finanzieller Unterstützung des „Czech Refugee Trust Fund“, der seit Kriegsbeginn die politischen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei finanziell unterstützte. Jakschs engster Mitarbeiter Richard Reitzner vertrete die Meinung, die TG müsse sich um die wirtschaftliche Existenz ihrer Mitglieder bemühen, die mit Kriegsende in England gefährdet sei. Die nationalistischeren TG-Funktionäre Franz Katz und Eugen de Witte sähen aber keinen Grund, Großbritannien zu verlassen, und sich damit endgültig von der Heimat loszusagen. In der Jaksch-Gruppe gebe es aber auch Genossen, die um jeden Preis, wie die ehemaligen Funktionäre aus der Genossenschaftsbewegung Rudolf Kreisky und Raimund Schreier, in die Heimat zurückkehren wollten. Während die 4. Abteilung Kreisky als tschechenfreundlich und damit positiv einschätzte, hielt sie Schreier für einen deutschen Nationalisten. Seine Tochter Frieda habe an der Universität Oxford studiert, zeitweise für das „Royal Institute of International Affairs“ gearbeitet, für Jaksch nachrichtendienstliche Funktionen übernommen und ihn mit Persönlichkeiten der Universität Oxford bekannt gemacht. Die Mehrheit der TG-Mitglieder wolle aber in England bleiben oder weiter emigrieren. Dabei spiele die Befürchtung

<sup>21</sup> *Ebenda* 355.

<sup>22</sup> Archiv bezpečnostních složek, Praha [Archiv der Sicherheitsorgane, Prag; weiter ABS]. Fond 2M, k. 395, sv. 11762, S. 134-145. Periodischer Bericht des Innenministeriums/Abt. IV vom 15.04.1945.

eine Rolle, dass die politische Entwicklung in der Tschechoslowakei zu radikal verlaufen könnte, manche sprächen von „der Vorbereitung einer Bolschewisierung der Tschechoslowakei“. Depressiv wirke auf die Genossen auch die schwere Erkrankung des letzten 1. Sekretärs der DSAP Siegfried Taub, der in der gesamten Gruppe hohes Ansehen genieße.<sup>23</sup>

Bei Kriegsende stand die US-Armee im westlichen Teil der böhmischen Länder. Am 20. April 1945 bat Ripka über den US-Botschafter die USA, Jaksch und seinen Anhängern die Einreise in die Tschechoslowakei zu verweigern. Diese Forderung begründete er mit dem Vorwurf pangermanischer Neigungen und der Verweigerung des Militärdienstes in der tschechoslowakischen Armee.<sup>24</sup>

#### *Nach der Befreiung der Tschechoslowakei*

Nach der Befreiung verschärfte die tschechoslowakische Regierung ihre Propaganda gegen Deutschland und die Deutschen, gewiss auch um die Verfolgung, Entrechtung, Enteignung sowie eine möglichst schnelle Vertreibung der deutschen Minderheit zu rechtfertigen.<sup>25</sup> Ausführlich berichtete „Der Sozialdemokrat. Halbmonatsschrift der Sudetendeutschen Sozialdemokratie“ (weiter „Der Sozialdemokrat“) – Chefredakteur war Wenzel Jaksch – über die offiziellen Äußerungen tschechischer Politiker zum „Transfer“ und die entsprechenden Dekrete, die in ihrer Radikalität sogar ihren Aussagen während des Krieges widersprächen.<sup>26</sup> Bewusst wählte die TG für viele Beiträge die englische Sprache, so stellte sie in einem Artikel „Humanitarian Tradition and Czechoslovak Reality“ gegenüber.<sup>27</sup> „Der Sozialdemokrat“ sprach sogar vom „tschechisch-nazistisch-kommunistischen Rassenwahn“.<sup>28</sup>

Die 4. Abteilung des Innenministeriums schrieb, dass Jaksch wie zu erwarten einen Propaganda-Feldzug gegen die Aussiedlung der Deutschen mit seinen Freunden aus der TG nach dem Ende des Krieges begann. Jakschs Vorgehen wecke den Eindruck einer lange vorbereiteten und wohl überlegten Aktion. Er benutze alle Mittel, die ihm zur Verfügung stehen: Aktionen in der Presse, in den eigenen Reihen, die Beeinflussung der Labour Party und Interventionen im Unterhaus. Nicht auf jede Aktion, die die 4. Abteilung verzeichnete, soll hier eingegangen werden. Die Kampagne startete Jaksch demnach auf dem Labour-Parteitag in Blackpool in der letzten Mai-Woche 1945. Der eigentliche Feldzug begann mit der Veröffentlichung einer Erklärung in der der Labour Party nahestehenden Wochenzeitung „New Statesman and Nation“ am 9. Juni sowie im „Sozialdemokrat“ von Anfang Juni, die

<sup>23</sup> *Ebenda*. – Eugen de Witte (1882-1973) und Franz Katz (1888-1955), DSAP-Funktionäre und Abgeordnete 1925/26-1938. Beide blieben nach dem Krieg in Großbritannien.

<sup>24</sup> *Brandes*: Der Weg 359 (vgl. Anm. 5).

<sup>25</sup> *Ebenda* 411-413.

<sup>26</sup> Austreibung ohne Unterschied. In: *Der Sozialdemokrat. Halbmonatsschrift der Sudetendeutschen Sozialdemokratie* [ab 1949: *Der Sozialdemokrat. Zeitschrift der Sudetendeutschen Sozialdemokratie*] (weiter *Der Sozialdemokrat*) 6 (1945) 68, 1089-1092.

<sup>27</sup> Humanitarian Tradition and Czechoslovak Reality. In: *Der Sozialdemokrat* 6 (1945) 69, 1106-1108.

<sup>28</sup> Streiflichter aus Böhmen. In: *Der Sozialdemokrat* 6 (1945) 69, 1113-1115, hier 1115.

auch an zahlreiche Vertreter des britischen öffentlichen Lebens gesandt wurde. In dieser protestierten Jaksch und seine Genossen Franz Katz und Eugen de Witte gegen die Politik der tschechoslowakischen Regierung gegenüber den Deutschen und Magyaren.<sup>29</sup>

Zugleich berichtete die Staatssicherheit über eine von Jaksch herausgegebene und hochwertig gedruckte 50-seitige Broschüre mit dem Titel „Sudeten Labour and the Sudeten Problem“, die mit zahlreichen Fotos der Tätigkeit der DSAP im Herbst 1938 vor allem die Mitglieder der Labour Party ansprechen sollte. Darin schilderte er die friedliche Entwicklung des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen, bis 1848 beide Völker durch ein Übermaß an Nationalismus aneinandergerieten. Schon in der Habsburgermonarchie sei die österreichische Sozialdemokratie für eine Föderation eingetreten, die den Nationalitäten Gleichberechtigung gewähren sollte. Dieses Programm hätten die deutschen Sozialdemokraten auch in der Republik vertreten, dieses aber zurückgestellt, als der Kampf gegen die Politik der reaktionären Parteien die Zusammenarbeit mit den tschechoslowakischen Genossen erforderte. Jaksch verwies auf die Politik seiner Partei in der München-Krise und die KZ-Haft für zahlreiche Genossen. In der Emigration habe er sich um eine föderative Lösung als Alternative zur Vertreibung bemüht. Nach der Bestrafung aller nazistischen Verbrecher solle den Deutschen Selbstverwaltung eingeräumt werden. Zum Schluss appellierte er an die internationale Arbeiterklasse, die Aussiedlung der Deutschen als un-demokratische Lösung der deutschen Frage nicht zuzulassen.<sup>30</sup>

Angesichts der Verschärfung der Lage in der Heimat lud die TG am 8. Juni für den 4. und 5. August 1945 zu einer Kundgebung der deutschen Antifaschisten aus der Tschechoslowakei ein. Dabei wies sie darauf hin, dass die Aussage des Kultusministers Zdeněk Nejedlý über die geplante dauerhafte Schließung aller deutschen Schulen eine deutliche Antwort auf die Anpassungspolitik der Zinner-Gruppe sei.<sup>31</sup>

Die Berichte der 4. Abteilung enthalten zahlreiche Auszüge aus der britischen Presse. Als der „Observer“ am 10. Juni 1945 einen kritischen Bericht zur Vertreibung aus der Tschechoslowakei veröffentlichte, vermutete das tschechoslowakische Innenministerium, dass Jaksch den Autor inspiriert habe, zumal dieser mit dem Pseudonym „Liberator“ besonders auf den Widerstand der DSAP im Herbst 1938 hingewiesen hatte. Der Autor bezog sich auf die Erklärung des Informationsministers Václav Kopecký vom 1. Juni, der zufolge die Truppen General Ludvík Svobodas sowie Partisaneneinheiten ins Grenzgebiet einrückten, um die Deutschen zu vertreiben.<sup>32</sup> Am 14. Juni veröffentlichte die „Times“ einen auf den 11. Juni datierten Leserbrief von Jaksch, Katz und de Witte, in dem sie darauf hinwiesen, dass die Vertreibung nicht auf Grund eines Vergehens, sondern der nationalen Zugehörigkeit erfol-

---

<sup>29</sup> ABS, Fond 2M, k. 395, sv. 11762, S. 67-86. Bericht Innenministerium/Abt. IV vom 14.06.1945.

<sup>30</sup> ABS, Fond 2M, k. 395, sv. 11762, S. 67-86. Bericht Innenministerium/Abt. IV vom 14.06.1945.

<sup>31</sup> *Ebenda.*

<sup>32</sup> ABS, Fond 2M, k. 395, sv. 11762, S. 67-86. Anlage des Artikels zum Bericht Innenministerium/Abt. IV vom 14.06.1945.

ge.<sup>33</sup> Kritisch wurde von der britischen Presse Benešs Rede in Lidice aufgenommen, in der er für das Verbrechen das ganze deutsche Volk verantwortlich gemacht hatte.<sup>34</sup> Im „New Statesman and Nation“ erklärte Jakschs Freund Henry Noel Brailsford, dass nicht alle Sudetendeutschen Nazis gewesen, sondern viele Arbeiter demokratisch geblieben seien. Aus Gründen der Sicherheit bedürfe es der Vertreibung nicht, zumal die Tschechoslowakei durch ein Bündnis mit der Sowjetunion und die künftige UN geschützt sei.<sup>35</sup>

Am 14. Juni legten Jaksch und Reitzner dem Foreign Office ein Memorandum zur Frage der tschechoslowakischen Deutschen vor.<sup>36</sup> Weitere kritische Artikel verzeichnete die 4. Abteilung besonders in katholischen Blättern. Sowohl die „Tribune“ als auch der „Economist“ verurteilten die in Potsdam beschlossenen Vertreibungen. Der „Economist“ beschloss sein Urteil sogar mit dem Verdikt „Hitlerischer Frieden“.<sup>37</sup> Als die Agentur Reuters einen weiteren kritischen Bericht über das Vorgehen der tschechischen Behörden veröffentlichte, plädierte die tschechoslowakische Regierung zwar für größere Vorsicht, gab aber zugleich bekannt, dass sie fest entschlossen sei, „ihr Programm des Abschubs (odsun) der Deutschen wie angekündigt durchzuführen“.<sup>38</sup>

Hinter den kritischen Berichten in der britischen Presse sah die Abteilung für politischen Nachrichtendienst an der Londoner Botschaft (Odbočka politického zpravodajství v Londýně) eine konzertierte Aktion von Jaksch und seinen Mitstreitern. Jakschs wichtigste Helfer seien Mitglieder der Redaktionen des Sonntagsblatts „Observer“ und der Wochenzeitungen „Economist“ und „Tribune“. Jaksch kenne demnach mehrere Mitarbeiter des „Observer“ gut, darunter den Redakteur Dr. Paul Einzig (Pseudonym „Liberator“) und Sebastian Haffner (Pseudonym „A Student of Europe“). Dessen Chefredakteur habe Jaksch über Haffner kennengelernt und mit seinem Propagandamaterial beliefert. Autor des Reuters-Berichts sei John Kimch, der zugleich de facto Chefredakteur der „Tribune“ und freier Mitarbeiter des „Observer“ sei. Hauptteilhaber der Gesellschaft, die die „Tribune“ herausgebe, seien neben Sir Stafford Cripps die Labour-Abgeordneten George B. Strauss und Aneurin Bevan, die stets für Jaksch und gegen die Aussiedlung eingetreten seien. Jaksch habe auch zu weiteren Mitarbeitern der „Tribune“ wie Richard Löwenthal, Alfred Geiringer und Isaac Deutscher freundschaftliche Beziehungen. Zu allen erwähnten

<sup>33</sup> ABS, Fond 2M, k. 395, sv. 11762, S. 67-86. Bericht Innenministerium/Abt. IV vom 14.06.1945.

<sup>34</sup> *Ebenda.*

<sup>35</sup> *Ebenda.*

<sup>36</sup> *Ebenda.*

<sup>37</sup> Catholic Herald vom 15.06.1945, in: ABS, Fond 2M, k. 395, sv. 11762, S. 1-42. Bericht Innenministerium/Abt. IV vom 14.06.1945. – Britische Einwände zu Potsdam. In: Der Sozialdemokrat 6 (1945) 71, 1126-1127, hier 1127. – Zu Äußerungen Benešs zur Vertreibung vgl. *Harasko, Alois/Hoffmann, Roland J.* (Hgg.): Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhnaní sudetských Němců. Dokumentation. Bd. 2: Von der Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ im März 1939 bis zum offiziellen Abschluss der Vertreibung Ende 1946. München 2010, Dok. 339.

<sup>38</sup> *Hrabovec, Emilia*: Vertreibung und Abs Schub: Deutsche in Mähren 1945-1947. Frankfurt am Main 1995 (Wiener Osteuropa-Studien 2) 106.

Freunden führte der Bericht des Nachrichtendienstes Kurzbiografien an. An verschiedene Zeitschriften und Zeitungen schickte Jaksch demnach auch Berichte über die Situation der deutschen Flüchtlinge, die er aus Westböhmen auf bisher nicht festgestelltem Wege von zwei deutschen Sozialdemokraten erhalten hatte.<sup>39</sup>

Die Exilpartei reagierte auf einer Parteikonferenz am 4. und 5. August 1945 natürlich auch auf den Transfer-Beschluss der Potsdamer Konferenz. Die Partei müsse den Beschluss der Alliierten zum Bevölkerungstransfer als „gesetzte Tatsache hinnehmen“ und sehe nunmehr ihre Aufgabe in der Fürsorge und Organisation für die Genossen in der Heimat.<sup>40</sup> In einem Pamphlet „The Policy of Minority – Extermination in Czechoslovakia“, das gekürzt vom katholischen Wochenblatt „Weekly Review“ übernommen wurde, warfen Jaksch, de Witte und Katz der tschechoslowakischen Regierung vor, entgegen der Propaganda des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Zdeněk Fierlinger bei seinem Besuch in London am 6. September die Bedingungen bei der Vertreibung verschärft zu haben. Der Transfer werde auch nach der Potsdamer Konferenz fortgesetzt, obwohl diese eine zeitweilige Einstellung gefordert hatte. Jaksch zitierte aus Berichten über den katastrophalen Zustand der Deportierten und die Exzesse in Aussig (Ustí nad Labem) am 30. August und 1. September mit angeblich 4000 Opfern.<sup>41</sup>

Aus Anlass eines Besuchs von Ripka in London schickten Jaksch und Reitzner an britische Institutionen und Persönlichkeiten ein Rundschreiben mit zahlreichen Augenzeugenberichten über die Lage in der Heimat, die durchaus authentisch wirken. Die Tschechen verhielten sich in den Grenzgebieten wie die „Nazi bandits“. Angesichts der Zustände baten mehrere ehemalige Parteifunktionäre Jaksch, für die Genossen irgendwo eine neue Heimstätte („a new home“) zu suchen.<sup>42</sup> Tatsächlich erhielt die tschechoslowakische Staatssicherheit Meldungen, dass Jaksch Facharbeiter für Großbritannien anwerbe, unter anderem aus Gablonz (Jablonec) Glasarbeiter und aus Graslitz (Kraslice) Spezialisten für den Bau von Musikinstrumenten. Die Staatssicherheit forderte umgehende und gründliche Nachforschungen zu diesen Meldungen. Aus Tanvald (Tannwald) antwortete die zuständige Filiale, dass sich tatsächlich Glasarbeiter mit Antifa-Legitimation um die Ausreise nach Thüringen bemühten, während doch die Glasindustrie gerade große Aufträge für Skandinavien ausgeführt habe. Alle anderen Filialen meldeten allerdings Fehlanzeige.<sup>43</sup>

<sup>39</sup> Národní archiv v Praze [Nationalarchiv Prag], Fond Ministerstvo vnitra – Londýn [Fond Innenministerium – London] (Nr. 828), 59/23, 3-7. Bericht Innenministerium/Abteilung für politischen Nachrichtendienst vom 20.06.1945.

<sup>40</sup> Siebenhundert Jahre Friedensarbeit zeugen für uns! Unser Wort zu dem Völkerdrama in Böhmen und Mähren. In: Der Sozialdemokrat 6 (1945) 71, 1119-1122, hier 1122.

<sup>41</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 112-119. Innenministerium/Abteilung für politischen Nachrichtendienst (Krček) an Innenministerium (Bartík) vom 26.09.1945 mit Anlagen.

<sup>42</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 100-111. – Diese Briefe aus der Heimat finden sich auch in der Sondernummer des „Sozialdemokrat“ von Juli 1945: Eye-Witness Accounts. In: Evidence on the Reign of Racialism in Czecho-Slovakia (Special Edition of Der Sozialdemokrat 6 (1945) 70), 4-5; A Survivor of Buchenwald Speaks. In: *ebenda* 5-6, hier 5.

<sup>43</sup> ABS, Fond 304-251-2, S. 6. Korps der Nationalen Sicherheit/Landeskommandatur Böhmen (Major Homolka) vom 26.11.1945. – Befehlsstelle Tanvald vom 05.12.1945.

Die Staatssicherheit hatte Informationen darüber, dass Jaksch und Reitzner Anfang Oktober 1945 die Abgeordnete Irene Rathbone besuchten und mit ihr das Memorandum absprachen, das sie mit mehreren Kollegen im Unterhaus einbringen wollte. Vor seiner Abreise nach Wien, wo er die Chefredaktion der „Arbeiter-Zeitung“ übernehmen sollte, hatte der Exil-Führer der österreichischen Sozialdemokraten Oskar Pollak ein Gespräch mit Jaksch. Die Abteilung für politischen Nachrichtendienst hielt fest, dass Pollak Jaksch für eine Aufnahme von Sudetendeutschen in Österreich wenig Hoffnung machte. Sie hatte auch Kenntnis, dass Erika Horn, die Tochter eines Jaksch-Anhängers, als Dolmetscherin der US-Armee in Karlsbad (Karlovy Vary) Kontakt zur örtlichen Bevölkerung aufgenommen und nach ihrer Rückkehr viel Material an Jaksch übergeben habe, das er für seine Kampagne benutzen wolle.<sup>44</sup> Informationen, auf die sich der Labour-Abgeordnete Richard Stokes bei seiner parlamentarischen Anfrage stützte, lieferte demnach Almar Reitzner, Flieger in der Royal Air Force, der nach seiner Reise in die Tschechoslowakei auch Sir James Arthur Salter, Unterhausabgeordneter für den Universitätswahlkreis Oxford, über seine Eindrücke unterrichtet habe. Der politische Nachrichtendienst war auch informiert, dass Jaksch mit dem Sekretär des Klubs der Labour-Abgeordneten Alan Johnston gesprochen hatte und sich um Visa für seine Anhänger nach Schweden, Norwegen und Belgien bemühe und von Léon Blum die Zusage erhalten habe, dass er sich für einige Visa für Frankreich einsetzen werde.<sup>45</sup>

Etwa zur selben Zeit schrieb Jaksch an seine Anhänger im Exil, dass die Partei „im heißen Ringen um das größte Massenverbrechen [steht], das die böhmischen Länder seit dem Dreißigjährigen Kriege zu verzeichnen hatten“. Als Erfolg bezeichnete Jaksch, dass sich Ministerpräsident Zdeněk Fierlinger bei seinem London-Besuch besonders vom „London Daily Herald“-Vertreter William Norman Ewer scharfe Fragen habe gefallen lassen müssen. Jaksch verwies auch auf eine Erklärung in der „New York Times“, auf die Aktion „Save Europe Now“ und die entsprechende Audienz des hohen Klerus am 14. September 1945 bei Clement Attlee. Er hoffe, schrieb er an die Mitglieder, was die Staatssicherheit mitlas, dass „diese Manifestationen zu einem völligen Frontwechsel der öffentlichen Meinung in England und Amerika führen“ werden. Er informierte auch über seine Bemühungen, das britische Innenministerium für die Aufnahme der Verwandten seiner Gruppe zu gewinnen und zur Lösung der Frage der Emigranten in Großbritannien ebenso wie zu Möglichkeiten einer Emigration nach Brasilien.<sup>46</sup>

Am 17. Oktober 1945 gab Jaksch eine weitere Broschüre mit dem Titel „Deportation Drama in Czechoslovakia. The Case of a Dying People“ heraus, in der schweres Geschütz gegen die tschechoslowakische Regierung aufgeföhren wurde. In der Einleitung wird die Zahl der sudetendeutschen Todesopfer auf 300 000 Personen

---

<sup>44</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 130-137. Innenministerium/Abteilung für politischen Nachrichtendienst (Krček) an Innenministerium (Bartík) vom 08.10.1945.

<sup>45</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 120-121. Innenministerium/Abteilung für politischen Nachrichtendienst (Krček) an Innenministerium (Bartík) vom 20.10.1945.

<sup>46</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 127-129. Innenministerium/Abteilung für politischen Nachrichtendienst (Krček) an Innenministerium (Bartík) vom 06.10.1945.

geschätzt und übertrieben. Mehrere Berichte schilderten die Lage in verschiedenen Gebieten der böhmischen Länder. Die Exzesse in Aussig wurden unter der Überschrift „Aussig – a new and greater Lidice“ dargestellt. Über diese Broschüre berichtete auch die Londoner Abteilung für politischen Nachrichtendienst an das tschechoslowakische Innenministerium.<sup>47</sup>

Der „Observer“ nutzte am 21. Oktober 1945 die Übergabe der Anklageschrift gegen die Hauptkriegsverbrecher zu einem Angriff auf die Vertreibungspolitik Polens und der Tschechoslowakei. Darin hieß es, dass die in der Anklageschrift vertretene neue Moral nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Sieger gelten müsse. Am 26. Oktober werde Außenminister Ernest Bevin im Unterhaus auf die Anfragen der Abgeordneten zu den Verhältnissen in Europa und Deutschland antworten. Dann würden auch die schärfsten Vertreibungsgegner Irene Rathbone und Sir Arthur Salter, beide unabhängige Abgeordnete für die Universitäten sowie der sozialistische Abgeordnete Richard Crossman sprechen. 126 Abgeordnete hätten die Resolution unterschrieben, in der die Suspendierung des Transfers wenigstens für die Wintermonate gefordert werde.<sup>48</sup>

#### *Nach dem Abschluss der Vertreibung*

Die Zwangsaussiedlung wurde im Oktober 1946 offiziell abgeschlossen. Denn am 16. Oktober 1946 hatte Ministerpräsident Klement Gottwald den Abgeordneten der Nationalversammlung unter lang anhaltendem Beifall mitgeteilt, dass am 27. Oktober der letzte Transport in die US-Zone und zwei Tage später in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) abgehen werde. Am nächsten Tag, dem Jahrestag der Staatsgründung im Jahre 1918, stellte Präsident Beneš auf einer feierlichen Kundgebung auf dem Prager Wenzelsplatz fest, dass der Staat nunmehr ein Nationalstaat der Tschechen und Slowaken sei. Und Gottwald sprach von der siegreichen Beendigung der „Säuberung der Republik vom fremden Element und Todfeind des Volkes“.<sup>49</sup>

Am 1. März 1947 reagierte die TG. Jaksch, de Witte und Katz schickten eine Petition an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die Außenminister der Signatäre des Potsdamer Abkommens anlässlich ihrer Moskauer Konferenz.<sup>50</sup> Offenbar erhielt das Prager Innenministerium erst Anfang Oktober 1947 Kenntnis von der Petition und befahl, deren Inhalt streng geheim zu halten. Intern wurden die in

<sup>47</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 122-124. Innenministerium/Abteilung für politischen Nachrichtendienst (Krček) an Innenministerium (Bartík) vom 18.10.1945. – Sondernummer des „Sozialdemokrat“ vom Oktober 1945: Der Sozialdemokrat 6 (1945) 72-73.

<sup>48</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 63-65. Innenministerium/Abteilung für politischen Nachrichtendienst (Krček) an Innenministerium (Bartík) vom 22.10.1945; ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 69-75. Elaborat Innenministerium vom 27.11.1945. – Über eine entsprechende Massenversammlung am 26.11.1945 in der Albert Hall siehe: Das englische Volk und die Aussiedlung. In: Der Sozialdemokrat 6 (1945) 74-75, 1139-1140, hier 1140.

<sup>49</sup> Hrabovec: Vertreibung 314 (vgl. Anm. 38).

<sup>50</sup> Hahn, Eva und Hans-Henning: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn 2010, 422-423.

der Petition beschriebenen Ereignisse aber „auf vertraulichem Wege“ überprüft und zum Teil bestätigt.<sup>51</sup>

Die Autoren der Petition bezeichneten sich nicht nur als „Parliamentary Delegation of Sudeten German Labour“, sondern auch als Sprecher der „non-Nazi Sudeten population in connection with the peace settlement“.<sup>52</sup> In dem 77 Seiten langen Text klagen sie die „unjust and inhuman deportation of the Sudeten population“ an sowie die „atrocities committed in the execution of this policy“.<sup>53</sup> Als gewählte Abgeordnete der sozialdemokratischen Arbeiter im letzten Vorkriegsparlament verträten sie eine Partei, die mit der tschechischen Arbeiterklasse brüderlich zusammengearbeitet habe und ein „faithful ally of the Czech people in its darkest hour“ gewesen sei.<sup>54</sup>

In einem kurzen geschichtlichen Abriss legten die Autoren dar, dass die Deutschen 1918 gegen ihren Willen in die Tschechoslowakei integriert worden seien. Den Sieg der Sudetendeutschen Partei schrieben sie der verweigerten Gleichberechtigung mit den Tschechen, der großen Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise und der Wirkung der NS-Erfolge in Deutschland und Österreich zu.<sup>55</sup> Nach dem Münchener Abkommen habe die mit den Nazis kollaborierende tschechoslowakische Regierung 20000 Flüchtlinge ins Sudetenland zurückgeschickt. Nur rund 4000 hätten Aufnahme in freien Ländern gefunden. Im 2. Kapitel plädierten sie „for the Revision of the Transfer Clause of the Potsdam Agreement“.<sup>56</sup> Diese Klausel treffe Schuldige und Unschuldige ohne faire Untersuchung jedes Einzelfalls. Im 3. Kapitel geht es um das Unrecht der Enteignung der Deportierten und die Restitution des Eigentums, das die Autoren auf mindestens 4 Billionen US-Dollar schätzten. Dieser Wert übersteige die Verluste durch die deutsche Okkupation um ein Vielfaches. Die tschechoslowakische Regierung habe sich nicht an die Verpflichtung der Großmächte gehalten, den Transfer in „a orderly and human manner“ durchzuführen, was die Autoren mit vielen Beispielen zur Deportation selbst, zu den Lebensbedingungen in den „Konzentrationslagern“, zur Zwangsarbeit und zu einer Reihe von Massakern belegen. Es sei ein offensichtlicher Widerspruch, Deportationen von Einheimischen und Ansiedlung von Deutschen sowie die Rekrutierung zur Sklavenarbeit während

---

<sup>51</sup> VII. Abteilung des Innenministeriums an Prager Landesamt der Staatssicherheit vom 03.10.1947 und Antwort vom 27.10.1947. In: *Arburg*, Adrian von/*Staněk*, Tomáš (Hgg.): *Vysídlení Němců a proměny českého pohraničí 1945-1951* [Die Aussiedlung der Deutschen und die Veränderungen des tschechischen Grenzlandes 1945-1951]. Bd. II.3. *Středokluky* 2010, Dok. 23 und 95 und Bd. II.1 (*Středokluky* 2011), Dok. 403.

<sup>52</sup> ABS, Fond 305-204-1, S. 1-77. A Petition to the Secretary General of the United Nations and the Foreign Secretaries of the Signatory Powers of the Potsdam Agreement from the Parliamentary Delegation of Sudeten Labour in Great Britain, Concerning the Unjust and Inhuman Deportation of the Sudeten Population with the Request for an International Enquiry into the Atrocities Committed in the Execution of this Policy. Issued by Wenzel Jaksch. London 1947, hier S. 1. – Ohne Anlagen ins Deutsche übertragen und – allerdings leicht verändert – abgedruckt als: Recht muss wieder Recht werden! In: *Der Sozialdemokrat* 8 (1947) 86, 1342-1360 sowie bei *Jaksch*, Wenzel: *Wir heischen Gehör*. München 1948.

<sup>53</sup> A Petition to the Secretary General 29 (vgl. Anm. 52).

<sup>54</sup> *Ebenda* 1.

<sup>55</sup> *Ebenda* 3.

<sup>56</sup> *Ebenda* 8.

des Krieges als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verurteilen und dieselben Methoden als Sieger kurz nach dem Waffenstillstand zu praktizieren.

Die Autoren erklärten: „We are under no illusion, that this outcry of a victimised and tortured population of some three million Central Europeans can achieve practical results unless the victorious nations seek a legal ethical justification of their policy towards the vanquished.“ Die Verfasser forderten aber eine unparteiische Untersuchung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, ob die Deportation der nicht-nazistischen Sudetendeutschen in einem ordnungsgemäßen und humanen Verfahren erfolgt sei. Auf der Friedenskonferenz solle eine dauerhafte und gerechte Lösung für diese Menschen unter Hinzuziehung ihrer frei gewählten Vertreter gesucht werden. Das den Sudetendeutschen angetane Unrecht solle wiedergutmacht und ihre individuellen, bürgerlichen und nationalen Rechte in ihrer Heimat sollten sichergestellt werden.<sup>57</sup> Im deutschsprachigen Vorwort räumten die Autoren ein, dass es sich bei der Überreichung der Petition „zunächst nur um einen Akt von symbolischer Bedeutung“ handle. Es sei das traurige Verdienst des Hitlerregimes, die Deutschen auf Jahre hinaus jeden internationalen Rechtsschutzes beraubt zu haben.<sup>58</sup> Auf die Petition reagierte die tschechische Presse mit scharfen Angriffen und wies die geschilderten Exzesse als Gräuelnachrichten zurück.<sup>59</sup>

Einen großen Teil der Petition füllten die Autoren mit der drastischen Darstellung von Massakern, massenweisen Vergewaltigungen, Folterungen und Plünderungen, wobei sie beim Massenmord von Saaz (Žatec)/Postelberg (Postoloprty) auch einen Teil der schuldigen Funktionäre und Befehlshaber nennen konnten.<sup>60</sup> Die Hinrichtung aller männlichen Einwohner in Totzau (Tocov, Bezirk Kaaden) als Rache für die Erschießung eines Tschechen wurde mit dem Vorgehen der Nazis in Lidice verglichen. In allen gemeldeten Fällen von Massakern wie zum Beispiel in Vollmau (Folmava), Aussig, Tetschen-Bodenbach (Děčín-Podmokly) und Brünn nannte die Petition einzelne Zeugen, in den meisten Fällen deutsche Sozialdemokraten. Besonders genaue Informationen hatten die Autoren über Gewaltakte und Lager in Prag, vor allem von einem amerikanischen Offizier, der Berichte der Vertriebenen an der Grenze sammelte. Alle Aussagen könnten vor einem internationalen Tribunal wiederholt werden, dessen Einrichtung die Autoren forderten.<sup>61</sup> Nach dieser Grund-

<sup>57</sup> A Petition to the Secretary General 35 (vgl. Anm. 52). – Siehe auch *Kučera*, Jaroslav: Mírové uspořádání s Německem. Od protihitlerovské koalice k Česko-německé deklaraci [Friedensregelung mit Deutschland. Von der Anti-Hitlerkoalition zur Tschechisch-Deutschen Erklärung]. Praha 2018, 312-313, 322-324.

<sup>58</sup> Recht muss wieder Recht werden! In: *Der Sozialdemokrat* 8 (1947) 86, 1342-1360, hier 1342.

<sup>59</sup> Ein tschechisches Vernichtungslager. In: *Der Sozialdemokrat* 8 (1947) 87-88, 1370-1371, hier 1370.

<sup>60</sup> A Petition to the Secretary General (vgl. Anm. 52). – Vgl. *Staněk*, Tomáš: Poválečné „excesy“ v českých zemích v roce 1945 a jejich vyšetřování [Die Nachkriegsexzesse in den böhmischen Ländern im Jahr 1945 und ihre Untersuchung]. Praha 2005 (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny AV ČR 41) 114-129.

<sup>61</sup> A Petition to the Secretary General (vgl. Anm. 52). Die Aussagen der Petition zu den Massakern in den einzelnen Orten werden weitgehend in der Untersuchung von Staněk bestätigt, nicht jedoch die übertriebenen Opferzahlen. *Staněk*: Poválečné „excesy“ (vgl. Anm. 60).

satzserklärung verlagerte „Der Sozialdemokrat“ seit 1947 den Schwerpunkt auf Nachrichten über die Zustände und den Machtkampf in der Tschechoslowakei, so auch in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Der Niedergang der Tschechoslowakei“.<sup>62</sup>

Die Staatssicherheit war über Jakschs Reise nach Schweden im September und nach Bayern im Oktober 1947 informiert, wo er am 3. Oktober mit Reitzner, Toni Köhler und Hans Schütz und anderen einen „Bund der Sudetendeutschen“ gründete und Aufnahmelager besuchte.<sup>63</sup> Als besonders gefährlich erschien der Staatssicherheit Jakschs Einfluss auf jene in der Heimat verbliebenen Sozialdemokraten, die die Tschechoslowakei als „Antifaschisten“ anerkannt hatte. Sie stellte fest, dass einige nicht nur zu ihren Genossen innerhalb des Landes Kontakt hielten. Ein Reichenberger Genosse hatte sogar einen Text Friedrich Stampfers<sup>64</sup> mit Aussagen gegen die Vertreibung erhalten und als Kettenbrief weitergeleitet. Zwar behaupteten die zurückgebliebenen Genossen, dass sie mit Jaksch nichts zu tun haben wollten, doch nahm die Staatssicherheit an, dass sie mehrheitlich hinter seiner Bewegung standen.<sup>65</sup> Anfang September 1947 gab sie Meldungen von Gewährsleuten aus den Regierungsbezirken Chemnitz und Magdeburg-Halle über die Stimmung der Vertriebenen in der SBZ nach Prag weiter und wies sie an, im Oktober 1947 erneut zu berichten. Sie meldete, dass Agenten von Jaksch in der SBZ das Gerücht verbreiteten, England und Amerika würden die Rückwanderung der Sudetendeutschen, Schlesier und Pommern und die Rückverlegung der deutschen Ostgrenze verlangen. Diese Gerüchte seien in allen drei Zonen unter den ausgesiedelten Volksgruppen so verbreitet, dass niemand ihre Glaubwürdigkeit anzweifle und „viele Sudeten- und Polendeutsche die bevorstehende Rückkehr in die Heimat als fertige Tatsache ansehen“. Jakschs Reden in Westdeutschland sowie entsprechende Äußerungen britischer und amerikanischer amtlicher Stellen würden als Beweis angesehen, dass die Westmächte „unter keinen Umständen der Aussiedlung zustimmen“. Nach unvollständigen Berichten bereiteten Orts- und Bezirksgenossenschaften der Sudetendeutschen gemeinsam die Rückreise und die Übernahme des zurückgelassenen Eigentums vor. Auch in mittleren Städten der SBZ gebe es Organisationen, die das zurückgelassene Vermögen schätzten. Der Berichterstatter hatte erfahren, dass Jakschs Programm – Autonomie sowie Entnazifizierung durch sudetendeutsche Gerichte – verbreitet wurde. Der Autor bezeichnete es als angezeigt, geeignete Personen damit zu beauftragen, Jakschs Propaganda, den Gerüchten und Plänen entgegen zu treten, und das umso mehr, da das kommende Frühjahr als Termin der Rückkehr genannt werde.<sup>66</sup>

Im nächsten Bericht fügte wohl derselbe Berichterstatter hinzu, dass Jaksch „allgemein und größtes Vertrauen bei den ausgesiedelten Bevölkerungsgruppen aller

<sup>62</sup> Der Niedergang der Tschechoslowakei. In: *Der Sozialdemokrat* 8 (1947) 87-88, 1364-1366.

<sup>63</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 48. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>64</sup> Friedrich Stampfer war sozialdemokratischer Journalist und Politiker.

<sup>65</sup> ABS, Fond 2M, k. 444, sv. 12075, S. 73. Ústředna Státní bezpečnosti v Čechách [Zentrale der Staatssicherheit in Böhmen] vom 16.06.1947.

<sup>66</sup> ABS, Fond 52-43-6, S. 161-164. Bericht (o.V.) vom 01.09.1947. – ABS, Fond 52-43-6, S. 144-146. Situationsbericht aus der Zone der UdSSR in Deutschland vom 30.09.1947 (o.V., Weipert) bzw. vom 02.10.1947 Prag.

Zonen“ genieße. Er habe gute Beziehungen zu den Führern dieser Gruppen sowie zu Kurt Schumacher. Von England scheine er die finanziellen Mittel für seine umfangreiche Propaganda zu erhalten. Es stehe fest, dass er über die politische, wirtschaftliche und militärische Lage der Tschechoslowakei unterrichtet sei „und über einen guten, auf čechoslowakischem Boden sich befindlichen Nachrichtendienst verfügen muss“. Während seines Aufenthalts in den Westzonen seien Flugblätter verteilt worden, in denen beschrieben wurde, dass die tschechoslowakische Industrie sich in einer katastrophalen Lage befinde und die landwirtschaftlichen Flächen entweder nicht bebaut, zumindest aber nicht abgeerntet werden könnten. Aus Mangel an Menschen habe man versucht, in Nordböhmen „Zigeuner“, Slowaken und Karpatenrussen anzusiedeln, bei denen es sich aber meist um „arbeitscheue Elemente“ handle. Auch über die Lebensbedingungen der noch nicht ausgesiedelten Deutschen scheine Jaksch gut informiert zu sein. Diese bezeichne er als „Arbeitsklaven“, die für das „Herrenvolk der Tschechen trotz ihrer Befähigungen untergeordnete und schwerste körperliche Arbeiten leisten müssen“.<sup>67</sup>

#### *Nach der Machtdurchsetzung der Kommunisten*

Die Staatssicherheit fasste ihre Kenntnisse und Ansichten über Jaksch mehrfach in mehr oder weniger kurzen Biografien zusammen, wahrscheinlich zum ersten Mal 1948. Diesem Elaborat zufolge habe sich Jaksch selbst kaum theoretisch mit dem wissenschaftlichen Sozialismus beschäftigt. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wirkte sich dieses Manko demnach aus. Mit dem Marxismus habe er sich nie identifiziert, der „Nationalismus der nazistischen Lehre“ sei ihm gefühlsmäßig nicht fremd gewesen.<sup>68</sup> Die nächste Biografie in den Akten der Staatssicherheit von 1962 mit einem Umfang von 63 Seiten nennt ihn einen klassischen Rechten, außerdem Opportunisten, „eingebildet und arrogant“. Ideologisch habe er sich in nichts von Henlein unterschieden.<sup>69</sup> Notiert wird die Anfreundung mit Dr. Otto Strasser, der als Emigrant in die Tschechoslowakei geflohen war. Zudem habe ihn nach eigener Aussage der tschechoslowakische Geheimdienst beauftragt, vertraulich Kontakt zu Strasser zu halten und für diesen finanzielle und andere Fragen zu erledigen.<sup>70</sup> Strasser brachte Jaksch demzufolge seine Gedanken über einen sogenannten „Volkssozialismus“ nahe, der nichts gemein habe mit dem Marxismus, aber große Gemeinsamkeiten mit dem Nazismus.<sup>71</sup> In seiner Schrift „Volk und Arbeiter“ (1936) verrete Jaksch „kleinbürgerliche Ansichten“ und lehne den Klassenkampf ab. Dieser neue Sozialismus solle für eine breite Solidarität der aktiven Bevölkerungsmehrheit eintreten und die Mittelschicht gewinnen. Weiter wird Jaksch zitiert, dass die anti-

<sup>67</sup> ABS, Fond 52-43-6, S. 140. Bericht (o.V.) vom 03.10.1947.

<sup>68</sup> ABS, Fond 63-2, III A-Z-Škol. č.8. Streng vertrauliches Elaborat „Wenzel Jaksch“ [1948], S. 1-2.

<sup>69</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 2. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>70</sup> *Ebenda* 3. Mit Anlage: Tschechoslowakische Botschaft in London (Lobkowicz) an Außenministerium und Kanzlei des Präsidenten der Republik vom 10.10.1942.

<sup>71</sup> ABS, Fond 63-2, III A-Z-Škol. č.8. Streng vertrauliches Elaborat „Wenzel Jaksch“ [1948], S. 1-2.

nazistische Opposition der Propaganda des Dritten Reiches auch ein außenpolitisches Programm in der Frage der Minderheiten entgegensetzen müsse. Versailles sei nicht das letzte Wort zur Abtrennung von Teilen des deutschen Volkes gewesen.<sup>72</sup>

Der Biograf von 1948 konnte nicht leugnen, dass Jaksch im Kampf gegen die Sudetendeutsche Partei auf Seiten der Republik gestanden habe. Jaksch habe sich aber ebenso wie andere Nichtmarxisten vom Reformisten zum Nichtmarxisten, dann zum Antimarxisten und schließlich sogar zum Faschisten entwickelt (sic!).<sup>73</sup> In der Biografie von 1962 wird jedoch auch das Engagement Jakschs für die Republik als Versuch abgewertet, durch die Zusammenarbeit mit der Regierung die Macht innerhalb der DSAP zu erringen. Auf Henleins Angebot, seine Partei in die SdP zu überführen,<sup>74</sup> sei Jaksch nicht etwa aus tschechoslowakischem Patriotismus, sondern nur deshalb nicht eingegangen, weil er gehofft habe, mit Hilfe der Regierung die führende Position im Sudetenland zu erringen.<sup>75</sup>

Die Benennung der Exilgruppe als „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ und den Verzicht auf den traditionellen Namen „Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei“ beurteilt der Biograf von 1962 als einen Verrat an der ČSR.<sup>76</sup> In Jakschs erster Konzeption im Exil, in seiner Schrift „Was kommt nach Hitler?“ (1939) sehen beide Biografien den Versuch, nach dem Sturz des NS-Regimes mit der vorgeschlagenen „inner-europäischen Föderation“ Großdeutschland zu erhalten. Damit habe Jaksch gezeigt, wie viel ihm und seinen Anhängern in Wirklichkeit an der bis München proklamierten Integrität der Tschechoslowakei gelegen habe.

Die Biografie von 1962 verfolgt ausführlich, aber äußerst einseitig Jakschs Auftritte im Exil. Mit der Forderung nach einer Nachkriegsautonomie der Sudetendeutschen, dem Ausschluss von Mitgliedern aus der TG, die sich bedingungslos zur Tschechoslowakei bekannten, seiner Kritik am britischen Widerruf des Münchener Abkommens, seiner Ablehnung einer Zuständigkeit der Exilregierung für die Sudetendeutschen in der Frage des Militärdienstes und schließlich mit der Ablehnung der Aussiedlungspläne habe Jaksch die Frage beantwortet, „ob er ein guter Freund des tschechischen Volkes und treuer Staatsbürger war“.<sup>77</sup> Nach dem Krieg sei es Jaksch gelungen, seine Anhängerschaft in einer eigenen Fraktion innerhalb der SPD und mit einer eigenen Organisation und Presse zusammenzuhalten. Mit allen möglichen Mitteln habe Jaksch gegen den Transfer und für die Rückkehr der Deutschen in die

<sup>72</sup> *Ebenda* 3-4.

<sup>73</sup> *Ebenda* 6-7.

<sup>74</sup> Gedächtnisprotokoll Josef Pfitzners über seine Unterredung mit Emil Franzel und Wenzel Jaksch am 02.04.1938 mit Anschreiben Pfitzner an Henlein vom 14.04.1938. In: *Mišková, Alena/Šustek, Vojtěch: Josef Pfitzner a protektorátní Praha v letech 1939-1945* [Josef Pfitzner und Prag während des Protektorats 1939-1945]. Bd. 1, Dok. 1, Beilage A1 und A2. – Übersetzt auch unter ABS, Fond 325-69-2. Ministerstvo vnitra/Vyšetřovací oddělení Státní bezpečnosti [Innenministerium/Untersuchungsabteilung der Staatssicherheit] vom 12.05.1965.

<sup>75</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 6. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>76</sup> *Ebenda* 8-9.

<sup>77</sup> ABS, Fond 63-2, III A-Z-Škol. č.8. Streng vertrauliches Elaborat „Wenzel Jaksch“ [1948], S.14-18.

Tschechoslowakei gekämpft. Das geplante „Schwarzbuch über die Nachkriegsverbrechen“ sei allerdings noch nicht erschienen.<sup>78</sup>

### *Übersiedlung nach Deutschland*

Am 10. Februar 1949 zog Jaksch nach Deutschland und übergab die Redaktion des in London erscheinenden „Sozialdemokrat“ an Eugen de Witte.<sup>79</sup> Nach Angaben des tschechoslowakischen Generalkonsuls in Frankfurt am Main arbeitete Jaksch mit dem Frankfurter „Büro für Friedensfragen“ zusammen, für das er ein Memorandum über das enteignete Eigentum der Sudetendeutschen zusammenstellen ließ.<sup>80</sup>

Auch nach Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland stand Jaksch unter einer intensiven Beobachtung der tschechoslowakischen Staatssicherheit. Sie sammelte Informationen über Jakschs Reden in der Öffentlichkeit, seine angeblichen vertraulichen Äußerungen sowie seine Beziehungen zu Politikern.<sup>81</sup> Jaksch konzentrierte sich inzwischen auf seine Arbeit innerhalb der SPD. Die Staatssicherheit wusste, dass er am 24. März 1949 auf einer Sitzung des Parteivorstands über die Geschichte der DSAP gesprochen und zum Schluss erklärt hatte, dass die Vertriebenen ihre Heimat nie aufgeben würden, und dass er von der deutschen Regierung die Vertretung ihrer Forderungen verlangt hatte.<sup>82</sup> Die Staatssicherheit zitierte ausführlich aus Jakschs programmatischer Rede, die er vor 8000 Zuhörern am 19. März 1949 auf dem Münchner Ausstellungsgelände gehalten hatte. Dort gab er Rechenschaft über die Politik seiner Partei im Exil und rief zur Mitarbeit beim Wiederaufbau des westdeutschen Staates auf.<sup>83</sup> Auf einer weiteren Kundgebung in München im Sommer 1949 soll Jaksch erklärt haben, dass die Menschen in Westdeutschland dicht gedrängt wohnten, während in den Sudetengebieten kaum jemand leben wolle. Hätten sich alle sudetendeutschen Politiker so bewährt wie diejenigen der DSAP, müsste er nicht in München, sondern könnte er im Karlsbader Jägerhaus sprechen.<sup>84</sup> Auf einer geheimen Sitzung des Vertriebenenausschusses des hessischen SPD-Vorstands soll Jaksch Ende Oktober 1949 in Bad Vilbel einen Zusammenstoß zwischen Ost und West für unvermeidlich erklärt und deshalb eine geschlossene Front der Sudetendeutschen gefordert haben. Als Jaksch bei der Bundestagswahl von 1949 einem Kandidaten der FDP unterlag und auch über die Landesliste nicht zum Zuge kam, war nicht nur er selbst enttäuscht, wie die Staatssicherheit berichtete. Auch sein Förderer Kurt Schumacher habe die hessische SPD nach Hannover zitiert, behauptete die Staatssicherheit.<sup>85</sup>

<sup>78</sup> *Ebenda* 19-29.

<sup>79</sup> Genosse Jaksch in Deutschland. In: *Der Sozialdemokrat* 10 (1949) 93, 1491.

<sup>80</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 52. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>81</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 5a. „Jaksch, Wenzel“. Gesammelte Meldungen [1962].

<sup>82</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 52. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>83</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 20-22. Meldung von 1949. „Jaksch, Wenzel“ – Einzelmeldungen.

<sup>84</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 53. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>85</sup> ABS, Fond 52-89-15. Bericht vom 21.02.1950. In: „Jaksch, Wenzel“ – Einzelmeldungen [1962]. ABS, Fond 52-89-15, S. 53-54. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962. – Siehe auch *Müller*: Die SPD und die Vertriebenenverbände 58-59 (vgl. Anm. 1).

Während ein Teil der SPD, besonders aber Schumacher, Jakschs Kandidatur für den Posten des Vertriebenenministers befürwortete und darin von der Labour Party und anderen britischen Kreisen unterstützt wurde, lehnten der hessische SPD-Vorsitzende Willi Knothe und die amerikanische Militärverwaltung in der BRD unter dem Einfluss ihres Beraters Dr. Wittig seine Aspirationen mit dem Hinweis auf Jakschs stark nationale und großdeutsche Tendenzen ab, hatte die Staatssicherheit erfahren.<sup>86</sup> 1950 wurde Jaksch in den Vorstand der Bundespartei aufgenommen und dort mit der Vertretung der Vertriebenen beauftragt. Nach seinem Wahldebakel von 1949 berief man ihn zum Leiter des hessischen Landesamts für Vertriebene. 1951 gründete er die Seliger-Gemeinde, deren Vorsitzender er wurde. Jaksch sei auch die treibende Kraft in der 1955 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ (ab 1959 „Sudetendeutscher Rat“) und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV). Zudem sei er seit September 1959 Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), fasste die Staatssicherheit seine Karriere zusammen.<sup>87</sup> Für das Amt des Bundesvorsitzenden der SL hatte Jaksch 1959 vergeblich kandidiert, stattdessen wurde er im selben Jahr Präsident der Bundesversammlung der SL.

Nachdem am 13. September 1958 auf dem Münchner Isartorplatz ehemalige Zwangsarbeiter in den Uran-Minen von Jáchymov (Joachimsthal) öffentlich gefordert hatten, ihre restlichen Kollegen freizulassen, versprach Jaksch, sich für dieses Ziel bei Außenminister Heinrich von Brentano einzusetzen, notierte die Staatssicherheit.<sup>88</sup> Weiter ergibt sich aus der Biografie von 1962 das folgende Bild: In einem Memorandum wehrte sich Jaksch gegen Tendenzen in seiner Partei, auf die Ostgebiete zu verzichten.<sup>89</sup> In der Bundestagsdiskussion über die Außenpolitik am 5. November 1959 wiederholte er seine Kritik an der Tatsache, dass die Regierung den Forderungen aus dem Westen nach einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht entgegenrete. Auf einer Delegiertenversammlung des Bundes der Vertriebenen am 3. April 1960 forderte Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm das „Recht auf Heimat“ und auf Rückkehr in die Tschechoslowakei. Die Sudetengebiete müssten an Deutschland angeschlossen werden, erklärte dort auch Jaksch, zumal kein Sudetendeutscher unter den gegebenen Bedingungen in die Heimat zurückkehren wolle.<sup>90</sup> Im selben Jahr sprach sich die Westberliner Seliger-Gemeinde dafür aus, Jaksch im Falle eines Wahlsiegs zum Minister für Vertriebene zu ernennen, eine Forderung, der sich auch der Berliner Oberbürgermeister Willy Brandt anschloss.<sup>91</sup> Vertreter der Seliger- und der Ackermann-Gemeinde sowie des Witiko-Bundes trafen sich vom 17. bis 19. September 1960 auf einer Konferenz in Kochel, wo Jaksch dafür warb, die Gegensätze der Vergangenheit zu überwinden und dabei von Hans Neuwirth vom Witiko-Bund unterstützt wurde. Schließlich rief Jaksch dazu auf,

---

<sup>86</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 52. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>87</sup> *Ebenda* 54.

<sup>88</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 18. „Jaksch, Wenzel“ – Einzelmeldungen.

<sup>89</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 56. Biografie von Wenzel Jaksch vom 20.10.1962.

<sup>90</sup> *Ebenda* 57.

<sup>91</sup> *Ebenda* 58.

dass die Millionen Wähler der Vertriebenen bei den kommenden Wahlen Brandt unterstützen sollten.<sup>92</sup>

*Entspannungsversuche der Bundesregierung Anfang der 1960er Jahre*

Die Staatssicherheit kam zur Einschätzung, dass sich die SPD aufgrund ihrer Gespräche mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Januar 1961 für das Recht der Sudetendeutschen auf Rückkehr in die Heimat sowie für ihre „politische und menschliche Freiheit nach der Rückkehr“ ausgesprochen habe. An den Kundgebungen der SL zum Gedenken an die sudetendeutschen Demonstrationen am 4. März 1919 gegen die Eingliederung in die Tschechoslowakei hätten insgesamt 250000 Menschen teilgenommen, meldete die Staatssicherheit.<sup>93</sup> Diesen Tag wollten sie als „Tag des Selbstbestimmungsrechts“ durchsetzen. Am 7. Mai 1961 hatten sie ihr Programm „Zwanzig Punkte zur sudetendeutschen Frage“ verabschiedet. Die Mehrheit habe in einer ersten Abstimmung die Formulierung abgelehnt, dass Hitler die sudetendeutschen Forderungen gewissenlos ausgenutzt habe, ebenso wie eine Formulierung über die Möglichkeit eines „Zusammenlebens“ mit den Tschechen und Slowaken in einem Staat nach der Rückkehr. Als daraufhin Seeböhm und der SL-Vorstand mit dem Rücktritt gedroht hätten, seien diese Formulierungen in einer zweiten Abstimmung knapp angenommen worden. Die Staatssicherheit sah in dieser Kontroverse eine Änderung der Taktik, nicht aber des gemeinsamen Ziels, mit der die SL auf die Vorwürfe des Revanchismus aus dem sozialistischen Lager und kritische Stimmen aus dem Westen reagierte. Zu diesem Urteil kam sie auch bei der Analyse der öffentlichen Reden wie internen Sitzungen auf dem „Sudetendeutschen Tag“ in Köln am 9. und 10. Juni 1961. Es gehe der SL mit ihrer „gemäßigten“ Rhetorik um die oberflächliche Anpassung an die Politik der Regierung Erhard, besonders an deren sogenannte „Ostpolitik“. Die Staatssicherheit registrierte die Anwesenheit von vier US-Senatoren und das Grußtelegramm von 50 Senatoren auf dem „Sudetendeutschen Tag“ in Köln. Dort habe der Bundesvorsitzende der SL Franz Böhm die Äußerung des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmeier zurückgewiesen, dass kein Mensch, der seine fünf Sinne bei einander habe, die Angliederung der Ostgebiete ans Reich oder gar von Gebieten außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 zu fordern wage. Aus Jakschs Rede zitierte ein Beobachter der Staatssicherheit unter anderem den Passus, dass derzeit das Schicksal Berlins im Mittelpunkt stehe und die sudetendeutsche Frage nur bei einer neuen Weltlage lösbar sei.<sup>94</sup> Die Stellung der SL habe sich durch den Misserfolg des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) bei den Bundestagswahlen und die Ernennung des FDP-Politikers Wolfgang Mischnick zum Vertriebenenminister verschlechtert. Denn dieser habe sich nur die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zur Aufgabe gemacht.<sup>95</sup> Im März 1962 kam die Staatssicherheit zu dem Urteil, dass

<sup>92</sup> *Ebenda* 59.

<sup>93</sup> ABS, Fond 52-89-15, S. 2-3. Vývoj sudetoněmeckého revanšismu v roce 1961 [Die Entwicklung des sudetendeutschen Revanchismus im Jahre 1961].

<sup>94</sup> *Ebenda* 5-10.

<sup>95</sup> *Ebenda* 15.

der mildere Ton der Äußerungen von SL-Funktionären des vergangenen Jahres die aggressiveren und fintenreicheren Kampfformen dieser Revanchisten verbergen solle.<sup>96</sup>

Ende Februar 1962 wandte sich die „Deutsche Kommission“ des tschechoslowakischen Außenministeriums an das Innenministerium mit der Bitte, einen Überblick über das „dokumentarische Archivmaterial“ zur Tätigkeit Wenzel Jakschs während der Zeit der Vormünchener Republik und der Okkupation zusammenzustellen, das für eine Publikation benutzt werden solle und „ihn heute irgendwie kompromittieren könnte“.<sup>97</sup> Ein Ergebnis dieser Bemühungen dürfte die schon mehrfach zitierte Biografie Jakschs von immerhin 63 Seiten sein, die am 20. Oktober 1962 vorlag. Ein verspätetes Resultat könnte auch das Pamphlet „Sozialdemokratie und Revanchismus“ bilden, das 1968 in der DDR veröffentlicht und auch in der BRD verbreitet wurde.<sup>98</sup>

Die Biografie wurde durch eine Reihe von Anlagen ergänzt, die Jaksch verunglimpfen sollten. Da dieser im Gegensatz zu Walter Becher oder Franz Böhm keine nationalsozialistische Vergangenheit besaß, die ihm vorgeworfen werden konnte, sollten ihn folgende Dokumente kompromittieren: 1. Jakschs programmatische Rede nach dem Anschluss Österreichs, in der er für die Sudetendeutschen die Position „des zweiten Staatsvolks“ beanspruchte.<sup>99</sup> 2. die Entscheidung der TG vom 4. Oktober 1942, den Wehrdienst in der britischen statt in der tschechoslowakischen Armee zu leisten, solange es keine Verständigung mit der Exilregierung gebe. 3. Jakschs Beziehung zu Otto Strasser. Jaksch habe erklärt, dass er mit Otto Strasser in brieflicher Verbindung stehe und diese Freundschaft seit der Zeit in der Tschechoslowakei andauere. Damals habe ihn der tschechoslowakische Geheimdienst beauftragt, mit Strasser Verbindung aufzunehmen sowie für ihn finanzielle und andere Dinge zu regeln.<sup>100</sup> Die weiter bestehende Verbindung hatte die Staatssicherheit mit einem Agentenbericht vom Mai 1942 belegt.<sup>101</sup> 4. Zu den Dokumenten gehörte auch ein Vermerk zur Person des Pfarrers Emanuel Reichenberger, mit dem sich Jaksch im Exil verbündet hatte und dessen einwandfreien Charakter die Staatssicherheit ohne Belege anzweifelte.<sup>102</sup> 5. Außerdem hatte die Staatssicherheit einen Auszug aus der Erklärung der TG vom 10. März 1940 angefügt, in der sie „Autonomie im Föderalstaat“ als beste Lösung für die Sudetendeutschen bezeichnete.<sup>103</sup> 6. Die Staatssicherheit fotografierte auch ein von Jaksch und Reitzner unterschriebenes Protokoll vom

<sup>96</sup> *Ebenda* 1.

<sup>97</sup> ABS, Fond Z-10-P-175-1, o. S. Innenministerium an seine Studienabteilung vom 28.02.1962.

<sup>98</sup> Vgl. *Jauernig*, Edmund: Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde. Berlin (Ost) 1968.

<sup>99</sup> Auszug aus „Der Sozialdemokrat. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik“ vom 27.03.1938.

<sup>100</sup> ABS, Fond 52-89-15. (Anlage) Tschechoslowakische Botschaft in London (Lobkowicz) an Außenministerium und Kanzlei des Präsidenten der Republik vom 10.10.1942.

<sup>101</sup> ABS, Fond 52-89-15. (Anlage) Vermerk des Innenministeriums (Slávik) vom 14.05.1942.

<sup>102</sup> ABS, Fond 52-89-15. (Anlage) Vermerk [Innenministerium] vom 11.11.1943.

<sup>103</sup> ABS, Fond 52-89-15. (Anlage) Deklaration der sudetendeutschen Sozialdemokratie über die künftige Stellung des Sudetengebietes im Rahmen einer demokratisch-föderalen Neuordnung Europas vom 10.03.1940.

Mai 1943. Geplant sei der Wiederaufbau von Formationen der Republikanischen Wehr, die im Einvernehmen und unter Mithilfe alliierter Besatzungsbehörden raschest eingesetzt werden sollten, „um verteilt über möglichst weite Teile des Sudetengebiets nicht nur tschechische Vergeltungsakte spontaner Art zu verhindern, sondern auch Naziverbrecher festzunehmen und sie der Gerichtsbarkeit zu überantworten“. Aus diesem Protokoll geht allerdings hervor, dass Jaksch sich noch nicht mit der britischen Regierung verständigt hatte. Die Aktion sollte geheim gehalten werden, damit die tschechoslowakische Regierung nicht „Gegenmaßnahmen bei den englischen Behörden erwirkt“. <sup>104</sup> Dazu gehörte auch eine Information zu Albert Exler, der im Dienste des Intelligence Service sowie mit einem Auftrag von Jaksch in die Sudetengebiete geschickt werden sollte. <sup>105</sup> Beigelegt war ein nicht unterzeichnetes und nicht datiertes Papier mit der Information, dass Jaksch dem Foreign Office ein Memorandum überreicht habe, in dem er garantiere, dass jegliche sozialistischen/kommunistischen Aufstände und Übergriffe verhindert würden, wenn seine Leute nach dem Ende des Krieges als erste in die ČSR entsandt würden. <sup>106</sup> 7. Schließlich enthält die Dokumentensammlung einen Auszug aus der Petition an den UN-Generalsekretär, in dem die Massenerschießung von 36 – tatsächlich 21 – Personen in Totzau (Bezirk Kaaden) mit dem Terrorakt gegen Lidice verglichen wird. <sup>107</sup>

#### *Jakschs „Europa-Studie“*

Als Minister Hans-Christoph Seebohm auf dem Sudetendeutschen Tag am 17. Mai 1964 „die Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete an das sudetendeutsche Heimatvolk“ forderte, <sup>108</sup> betonte die SPD-Spitze, dass ein Rückkehrrecht keine Grenzverschiebung einschließe. <sup>109</sup> Jaksch schloss sich mit der Aussage an, dass es keinen Weg zurück zum Münchener Abkommen gebe, sondern „nur einen nach vorwärts zu einer freiheitlichen Völkerordnung in der Heimat, im Donauraum und in ganz Europa“. <sup>110</sup>

Am 11. Februar 1965 präsentierte Jaksch seine „Europa-Studie“. Durch eine Art Marshallplan sollte Osteuropa in der deutschen Frage umgestimmt werden. Diese Studie arbeitete er weiter aus zu einem Programm „Westeuropa, Osteuropa, Sowjetunion. Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit“, in dem er eine Skizze für eine gesamteuropäische Wirtschaftsraumplanung entwarf, die Grenzfragen aber ausklammerte. <sup>111</sup> Er schlug vor, „durch einen geballten Einsatz des Wirtschaftspotenzials der Bundesrepublik einen Durchbruch durch die erstarrten ostpolitischen

<sup>104</sup> ABS, Fond 52-89-15. (Anlage) Protokoll Jaksch-Reitzner vom [12].05.1943.

<sup>105</sup> ABS, Fond 52-89-15. (Anlage) Außen- an Innenministerium (Bartík) und Verteidigungsministerium (Moravec) vom 15.12.1943.

<sup>106</sup> ABS, Fond 52-89-15. (Anlage) Elaborat [o. V. o. D.].

<sup>107</sup> ABS, Fond 305-204-1. A Petition to the Secretary General 48 (vgl. Anm. 52). – *Staněk*: Poválečné „excesy“ 143 (vgl. Anm. 60).

<sup>108</sup> *Müller*: Die SPD und die Vertriebenenverbände 197-198 (vgl. Anm. 1).

<sup>109</sup> *Ebenda* 200.

<sup>110</sup> *Ebenda* 201.

<sup>111</sup> *Ebenda* 215.

Fronten zu erzielen“.<sup>112</sup> „Aber erst wenn der ganze europäische Westen seine Bereitschaft kundtut, evolutionäre Entwicklungen im Ostblock Zug um Zug mit einer Politik der wirtschaftlichen Partnerschaft zu erwidern, werden östlich des Eisernen Vorhanges die Kräfte der Bewegung mit klaren Zielsetzungen gegen die Kräfte der Beharrung antreten.“<sup>113</sup> Recht ausführlich analysierte Jaksch die wirtschaftliche, soziale und demografische Krise in Osteuropa, die Dominanz Moskaus im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe oder auch den Widerstand Rumäniens gegen seine Festschreibung als Agrarlieferant.<sup>114</sup> Gegen die Auslagerung von Zulieferdiensten für westdeutsche Firmen in die Ostblockstaaten oder die Gründung von Gemeinschaftsbetrieben wandte Jaksch ein, dass dadurch deutsches Volksvermögen zur Steigerung der Produktionskapazität eines kommunistisch regierten Landes eingesetzt würde. „Völlig unzumutbar für die vertriebenen Ostdeutschen wäre es, wenn westdeutsche Firmen Maschinen und Fachkräfte zur Sanierung brachliegender Industrien in den Vertreibungsgebieten einsetzen wollten.“<sup>115</sup> Die Studie schlug wirtschaftliche Hilfe der BRD und anderer westlicher Staaten für die Länder des sozialistischen Lagers vor, und zwar auf den Gebieten Verkehr, Entwicklung der Energieversorgung und Fremdenverkehr. Die große Mehrheit der Westdeutschen werde bereit sein, „die kostbaren Güter der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und eines Verständigungsfriedens mit den Ostnachbarn mit wirtschaftlichen Opfern zu erkaufen“. Es sollte möglich sein, von der Bundesrepublik Deutschland aus für den aufgestauten Investitionsbedarf Osteuropas „30 Milliarden DM in zehn Jahresraten an verbilligten Investitionskrediten zur Verfügung zu stellen“. Auch die anderen Staaten Westeuropas sollten sich aus eigenem Interesse an dieser Aufbauhilfe beteiligen.<sup>116</sup> Von einer ersten großen Investition in den „Europa-Schiffahrtsweg“ Rhein-Main-Donau werde eine große stimulierende Wirkung ausgehen.<sup>117</sup> Die Studie wurde auch im Zusammenhang mit Brandts Memorandum zur Deutschland- und Ostpolitik interpretiert, das der SPD-Vorstand am 25. Januar 1965 veröffentlicht hatte. Brandt plädierte dafür, alle „unpolitischen“ Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und der DDR auszuschöpfen, um damit die Lösung der politischen Probleme vorzubereiten.

Im Westen, besonders in den USA war nach Ansicht der Staatssicherheit Jakschs Studie eher positiv, in der CDU und FDP zurückhaltend aufgenommen, unter den Radikalen innerhalb der Vertriebenenverbände abgelehnt worden, obwohl sie sich nach Meinung der Staatssicherheit nur in der Form, nicht in den Zielen von der bisherigen Politik der Härte unterschied. Denn Jakschs Plan ziele darauf ab, die übrigen Ostblockstaaten von der Sowjetunion und der DDR zu trennen. Der BdV, dessen Vorsitzender Jaksch ja war, habe den Plan im Grundsatz gebilligt. Dort habe

---

<sup>112</sup> *Jaksch*, Wenzel: Westeuropa, Osteuropa, Sowjetunion. Perspektiven wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Eine politisch-wirtschaftliche Studie. Bonn, Brüssel, New York 1965, 11.

<sup>113</sup> *Ebenda* 13.

<sup>114</sup> *Ebenda* 21-31.

<sup>115</sup> *Ebenda* 46.

<sup>116</sup> *Ebenda* 72.

<sup>117</sup> *Ebenda* 77.

Jaksch argumentiert, dass die Vertriebenen durch einen eigenen Vorschlag aus der Defensive gegenüber den Angriffen der westlichen Partner kommen müssten, statt passiv die ungünstige Entwicklung hinzunehmen. Die Einigung Europas auf der Grundlage wirtschaftlicher Zusammenarbeit erhöhe den Lebensstandard und ermögliche eine Liberalisierung in den Oststaaten und bringe den Ostvölkern „Demokratie, Freiheit und Respektierung der grundlegenden Menschenrechte“. Der Ruf der östlichen Nachbarn der BRD nach „Freiheit werde in Übereinstimmung mit der Freiheit gebracht, die die vertriebenen Deutschen aus dem Osten fordern“. Diese Nachbarn müssten zur Überzeugung kommen, dass die Revision der heutigen Grenzen Deutschlands auch in ihrem Interesse liege und Europa noch mehr prosperieren werde, wenn die deutsche Frage gerecht gelöst sei. Der Handel mit den Oststaaten müsse koordiniert werden. Die bisherige Praxis, dass einzelne Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie auch Großbritannien und die USA zum eigenen Vorteil Handel mit dem Osten betrieben, schade den Interessen der BRD und der Vertriebenen und ermögliche dem Kommunismus, seine Position mit Hilfe des Westens zu festigen. Wenn die DDR ihren Handel mit westlichen Partnern ausweiten könne, verliere die BRD ein Druckmittel gegenüber der DDR, würden sich beide deutsche Staaten weiter entfremden und die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands als endgültig anerkannt werden. Mit der Umsetzung seines Plans solle baldmöglichst begonnen werden, damit die BRD keine Chance verpasse. Aus Kreisen sozialdemokratischer Vertriebenenfunktionäre sei bekannt, dass diese Studie 1964 auf Anraten der Amerikaner entstanden sei. Nach deren Einschätzung könne der Plan als Beweis des guten Willens der abgeschobenen Deutschen dienen und zur allgemeinen Entspannung in Europa beitragen. Auch wenn der Plan nicht zu verwirklichen sei, steigere er das Prestige von Jaksch in der SPD und verhindere, dass er von den Osteuropäern weiter als „Revanchist“ verunglimpft werden könne. Wie die Staatssicherheit schrieb, waren alle Funktionäre, aber auch die Mitgliedschaft der SL gegen den Plan. Sie hätten vorgebracht, dass die Polen und Tschechen wie bekannt gegen jegliche politischen Konzessionen seien. Der Vorsitzende des Bundesvorstands der SL Franz Böhm habe sich gegen jegliche Annäherung an die Staaten des Ostblocks, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie die Erleichterung von Reisen ausgesprochen. Selbstbestimmung ohne Rückgabe der Heimat sei undenkbar. Er lehne die „verschleierte Erklärungen“ der Regierung und der politischen Parteien ab. Erhard, Lemmer, Carlo Schmid und andere müssten sich schwer vor dem deutschen Volk für Erklärungen verantworten, die „eine versteckte Tendenz zum Verzicht auf die Heimat“ enthielten. In Briefen an die SL-Führung werde Jaksch auch persönlich scharf angegriffen, so auch als „Verräter“ wegen seiner Zusammenarbeit mit dem tschechoslowakischen Exil im Zweiten Weltkrieg. Auch in den Mitgliedsverbänden würden Jakschs Plan und Brandts Memorandum mehrheitlich abgelehnt. Als Argument diene, dass die Stärke der BRD auch in den wirtschaftlichen Defiziten der Ostländer liege, die deshalb gerade nicht gestärkt werden sollten. Abschließend resümierte die Staatssicherheit, dass Jakschs Partnerschaftsplan die gleichen Ziele wie Brandts Memorandum verfolge, nämlich die Einheit des sozialistischen Lagers zu stören. Er unterscheide sich jedoch von dem Memorandum

durch sein Festhalten am Revanchismus, das heißt am „sog. Selbstbestimmungs- und Heimatrecht“.<sup>118</sup>

Auf dem „Sudetendeutschen Tag“ im Juni 1965 in Stuttgart sprachen zwar alle Funktionäre der SL über den Wunsch, mit den Tschechen und Slowaken friedlich zusammenzuleben, griffen aber nach dem Urteil der Staatssicherheit zugleich in scharfen Worten das Regime an. Jaksch habe dort versucht, die ablehnende Haltung der Radikalen gegen seinen „Partnerschaftsplan“ zu überwinden. Die Ansprache Ernst Lemmers, des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, sei von Seebohm nach Abschluss der Veranstaltung als inkonsequent und Enttäuschung bezeichnet worden. Seebohm habe besonders Lemmers Aussage zum Münchener Abkommen, zur deutschen Okkupation und zum Verzicht auf Gebietsforderungen gegenüber der Tschechoslowakei kritisiert. Lemmers Text sei aber zuvor in der Regierung gebilligt worden. Erhard habe darauf bestanden, nichts zu sagen, was die Beziehungen zur ČSSR gefährden könne. Vertraulich habe Lemmer erklärt, dass das Selbstbestimmungs- und Heimatrecht jedem Menschen zustehe. Es sei jedoch schwer, „alle blöden Reden“, die auf Versammlungen der Vertriebenen gehalten werden, zu verhindern, was dann vom Osten als „Revanchismus“ gebrandmarkt werde. Nüchtern sei die Ansprache des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Arnulf Klett ausgefallen, stellte die Staatssicherheit fest, der auch vor aggressiven Äußerungen gegenüber der Tschechoslowakei gewarnt habe. In der Folge sei seine Ansprache auch nicht gedruckt worden. Auch die Stuttgarter Bevölkerung sei in Bezug auf den Sudetendeutschen Tag kühl geblieben. Entgegen den Behauptungen der SL seien nicht 400 000, sondern nur 170 000 Sudetendeutsche zum Treffen gekommen. Die Staatssicherheit erwartete, dass Jaksch gegenüber den Radikalen an Boden verlieren werde.<sup>119</sup> Maßvoll sprach Jaksch auch am 16. Juni 1965 zum Tag der deutschen Einheit. Kompromissbereit klang seine Aufforderung, „nicht darüber zu streiten, bis zu welcher Grenzlinie wir das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes zu vertreten haben“.<sup>120</sup> Über die Entwicklung der Ostpolitik Erhards und die Positionen einzelner Minister wie Lemmer und Schröder war die Staatssicherheit recht gut informiert, so zum Beispiel über die Absicht der Regierung, nach den bevorstehenden Bundestagswahlen Erhards Erklärung zu bekräftigen, dass Bonn keinen Gebietsanspruch gegenüber der Tschechoslowakei erhebe. Die Staatssicherheit erwartete Versuche der BRD zu einer Verbesserung der Beziehungen.<sup>121</sup>

Vor den Bundestagswahlen am 19. September 1965 fürchteten weite Kreise der SL, dass sich ihre Position nach den Wahlen verschlechtern werde. Franz Böhm beklag-

<sup>118</sup> ABS, Fond S-518-8, S. 13-21. Zvláštní zpráva [Sonderbericht] Nr. 87 der Staatssicherheit vom 10.09.1965, K Jakschově iniciativě v otázkách bonnské východní politiky [Zu Jaksch Initiative in Fragen der Bonner Ostpolitik].

<sup>119</sup> ABS, Fond S-518-8. Bericht der Staatssicherheit vom 23.07.1965, K názorům bonnských politiků na další vývoj vztahů NSR k ČSSR [Zu Meinungen von Bonner Politikern zur weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR], [o. S.].

<sup>120</sup> Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 239-243 (vgl. Anm. 1).

<sup>121</sup> ABS, Fond S-518-8. Bericht der Staatssicherheit vom 23.07.1965, K názorům bonnských politiků na další vývoj vztahů NSR k ČSSR [o. S.].

te, dass Politiker von CDU, SPD und FDP unterschiedliche Aussagen machten, je nachdem, welcher Politiker zu welchem Publikum spreche. Die jüngeren SL-Vertreter, zu denen sich Böhm zähle, forderten die „Rückgabe der geraubten Heimat und ihre Angliederung an ein wiedervereinigtes Deutschland“. Dagegen hielten sie Jakschs Vorstellung einer Föderation im Donauraum und eines erneuten Zusammenlebens mit den Tschechen, ob sie nun Kommunisten oder Nationalisten seien, für unmöglich.<sup>122</sup>

Auf dem Dortmunder SPD-Parteitag vom Juni 1966 sprach sich Helmut Schmidt für „eine flexiblere Haltung in der Frage der Ostgrenze“ aus und verlangte, das Münchener Abkommen „von Anfang als nichtig“ zu behandeln. Daraufhin beklagte sich Jaksch bei Brandt, dass die Haltung der SPD in der Frage der Ostgebiete und des Heimatrechts der Sudetendeutschen „völlig ins Rutschen gekommen“ sei.<sup>123</sup> Im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages warf Jaksch Schmidt vor, dieser sei auf seiner Reise in die ČSSR und Polen kommunistischen Funktionären auf den Leim gegangen, was Schmidt heftig zurückwies.<sup>124</sup> In einer Fraktionssitzung am 22. November warnte Jaksch vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten, da diese mit der Anerkennung der Ostzone bzw. der Oder-Neiße-Grenze unannehmbare Bedingungen stellen würden.<sup>125</sup>

In seinem Dankschreiben an die Fraktionskollegen zu seinem 70. Geburtstag schrieb Jaksch: Die sudetendeutschen Sozialdemokraten seien schon zufrieden, wenn sie im Hinblick auf die großen Aufgaben innerhalb der Vertriebenenbewegung von den Parteifreunden als „notwendiges“ Übel betrachtet werden.<sup>126</sup> Jaksch starb am 27. November 1966 bei einem Autounfall.<sup>127</sup>

### *Zusammenfassung*

Wenzel Jaksch hatte sich bei den Alliierten durch seinen unermüdlichen Widerstand gegen Hitler und Henlein einen guten Ruf erworben. Der tschechoslowakischen Feindpropaganda fiel es deshalb schwer, den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei zu diskreditieren. Schon während des gemeinsamen Exils in London setzte Beneš das Mittel der Spaltung gegen den Gegner seiner Pläne zur Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Nachkriegsrepublik ein. Vor allem sollte eine von der Exilregierung gestützte Abspaltung von der Treuegemeinschaft deren Widerstand gegen die Vertreibung schwächen. Zumindest ein Agent der Exilregierung erhielt die Weisung, die TG nicht zu verlassen, sondern insgeheim über sie zu berichten.

<sup>122</sup> ABS, Fond S-518-8, S. 22-29. Sonderbericht der Staatssicherheit Nr. 86 vom 03.09.1965.

<sup>123</sup> Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 279-280 (vgl. Anm. 1).

<sup>124</sup> Frömel, Johann Heinrich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Vertriebenenverbände 1945-1969. Bonn 1999 (Deutschland und seine Nachbarn 24) 21 zitiert Czaja, Herbert: Unterwegs zum kleinsten Deutschland. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik. Frankfurt am Main 1996, 290.

<sup>125</sup> Müller: Die SPD und die Vertriebenenverbände 283 (vgl. Anm. 1).

<sup>126</sup> Ebenda 287.

<sup>127</sup> Ebenda 291.

Anfang 1943 brach Beneš auch offiziell seinen Gesprächskontakt zu Jaksch ab. Er übersandte Jaksch ein Memorandum, in dem er mit dessen bisheriger Politik abrechnete und dabei zahlreiche interne Dokumente der TG zitierte. Darauf antwortete Jaksch mit einer Reihe von Denkschriften, in denen er die geplanten Zwangsaussiedlungen verurteilte.

Als die Regierung nach der Befreiung mit der Umsetzung ihrer Vertreibungspläne begann und ihre Propaganda zugunsten einer fast vollständigen Zwangsaussiedlung der Deutschen und Magyaren verschärfte, bemühte sich der tschechoslowakische Geheimdienst weiterhin, so gut wie alle Schritte ihrer sudetendeutschen Gegner im Exil zu registrieren. Jaksch benutzte demnach die Mittel, die ihm zur Verfügung standen. Die 4. Abteilung der Staatssicherheit berichtete nicht nur über die Stellungnahmen des Parteiorgans „Der Sozialdemokrat“, sondern verfolgte die Äußerungen von britischen, amerikanischen und internationalen Verbänden wie den Quäkern, von Kirchenvertretern, bestimmten Abgeordneten der Labour Party sowie britischen Zeitungen und Zeitschriften gegen die Vertreibung. Sie versuchte auch, Jakschs Beziehungen zu einzelnen Redaktionen und Journalisten aufzudecken. Unter dem Eindruck tschechischer Ausschreitungen in der Heimat griff „Der Sozialdemokrat“ immer wieder zu extremen Formulierungen und interpretierte die Vertreibung sogar als „tschechisch-nazistisch-kommunistischen Rassenwahn“. Die Abteilung für politischen Nachrichtendienst, das heißt die bisherige 4. Abteilung registrierte aber auch, dass die TG nach der Potsdamer Konferenz zu dem Schluss kam, sich nunmehr vor allem für die Milderung der Umstände der Vertreibung und die Aufnahmebedingungen in Rest-Deutschland einsetzen zu müssen. Die Abteilung hatte erfahren, dass einige TG-Mitglieder in britischen Diensten Nachrichten aus der Heimat überbracht hatten. Unter Berufung auf Augenzeugenberichte forderte nämlich die TG die Erhöhung der Rationen und Entlohnung sowie die Gewährung grundlegender Menschenrechte für die Zwangsarbeiter.

Nach dem offiziellen Abschluss der Zwangsaussiedlung berichtete die tschechoslowakische Staatssicherheit über eine 77 Seiten lange Petition an den Generalsekretär der UN sowie die Signatäre des Potsdamer Protokolls, in der Jaksch, de Witte und Katz ihre Argumente gegen die Vertreibung und ihre Kenntnisse über die an Deutschen begangenen Gewaltakte noch einmal zusammenfassten und Wiedergutmachung forderten. Diese Darstellung der TG übergang bzw. verharmloste allerdings die Wahlerfolge der Sudetendeutschen Partei nach ihrem Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie den Anteil von Sudetendeutschen am Besatzungs- und Terrorregime im Protektorat.

Die Staatssicherheit sammelte Informationen zu Jakschs Privatleben und zu seinen Reisen nach Schweden und Bayern sowie zur Stimmung unter den ausgesiedelten Deutschen, wobei sie Jakschs Propaganda einen großen Einfluss zuschrieb. Sie vermutete Verbindungen zwischen ausgewiesenen und verbliebenen Deutschen. Seine Berichte über die wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei und besonders die Grenzgebiete zeigten, dass er über ein ausgedehntes Netz an Informanten verfüge.

Nach seiner Übersiedlung in die Westzonen am 10. Februar 1948 konzentrierte sich Jaksch auf die politische Arbeit innerhalb der SPD. Die Staatssicherheit sam-

melte Informationen über seine öffentlichen Reden und vertraulichen Äußerungen sowie seine Beziehungen innerhalb der SPD und seine Funktionen und Initiativen, die schließlich in die Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft mündeten. Sie kommentierte die Kundgebungen der SL und des Bundes der Vertriebenen und wusste auch von internen Differenzen bei der Verabschiedung des SL-Programms vom Mai 1961. Mit ihrer „gemäßigten“ Rhetorik passe sich die SL nur scheinbar der Politik der Regierung Erhard an, urteilte die Staatssicherheit. Da sie Jaksch keine NS-Vergangenheit vorwerfen konnte, stellte sie eine Reihe seiner Äußerungen und Aktionen seit 1938 zusammen, die ihn als staatlich unzuverlässig charakterisieren sollten. Der Geheimdienst verfasste mehrere Biografien, in denen Jaksch vorgeworfen wurde, niemals Marxist gewesen und schließlich zum Faschisten mutiert zu sein. Er habe unter Otto Strassers Einfluss seinen „Volkssozialismus“ entwickelt. Mit dem Konzept der „inner-europäischen Föderation“ habe er Großdeutschland wiederherstellen wollen.

Jaksch passte sich der Linie der SPD und der Bundesregierung an, als er 1964 im Gegensatz zu Seebohm erklärte, dass das geforderte Rückkehrrecht keine Grenzverschiebung einschließe. Auch die „Europa-Studie“ von 1965, in der er eine Art Marshall-Plan für Osteuropa vorschlug, passt zu seinen Versuchen, sich an der Ostpolitik seiner Partei zu orientieren. Westeuropa solle evolutionäre Bewegungen im Ostblock durch eine Politik der wirtschaftlichen Partnerschaft unterstützen, um eine „Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland“ (!) und eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn zu erreichen. Die Staatssicherheit hatte offenbar die Beschränkung auf Mitteldeutschland überlesen. Für sie war Jakschs Plan nur der Versuch, die Einheit des sozialistischen Lagers zu stören. Zugleich wies sie aber darauf hin, wie stark die Opposition der Radikalen unter den Vertriebenen nicht nur gegen Jakschs Plan, sondern die Entspannungsbemühungen der Bundesregierung im Allgemeinen sei. Innerhalb der SPD warnte Jaksch allerdings zugleich vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Denn diese würden die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze fordern. Dennoch zeigt die Europa-Studie, dass Jaksch im Gegensatz zur Mehrheit der Funktionäre unter den Vertriebenen zu Zugeständnissen an die östlichen Nachbarn bereit war.